Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährlich Mk. 4.50, monatlich Mk. 1.50 durch die Post bezogen desgl. und 14 Pfg. monatl. Bestellgeld; bei Abholung von der Expd. Mk. 4.50 bezw. Mk. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheint: 6mal wöchentlich nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. — Geschäftsstelle Hälterstr. 4

Kreisblatt

Anzeigenpreis für den 6gespaltenen Millimeter Satzhöhe 15 Pfg. — Die Berechnung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beginn an kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pfg. — Ziffergebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm., für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. des vorhergehenden Tages.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 268. Donnerstag, den 27. November 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

In einer Note gibt der Oberste Rat seinem Erstaunen über die Abreise Simsons Ausdruck und versucht, die Verantwortung auf Deutschland abzuschieben, wenn der Friedensvertrag am 1. Dezember nicht in Kraft treten könne.

Die deutschen Werftarbeiter forderten in Berlin, daß die Reichsregierung die Auslieferung des deutschen Schiffsmaterials an die Entente ablehnt.

Fünf deutsche Offiziere sind in Deutschland verhaftet und vor das Lifler Kriegsgericht gestellt worden; die Agence Havas kündigt weitere 150 Haftbefehle an.

Der Papst will darauf dringen, daß unsere Gefangenen bis Weihnachten heimkehren können.

Die Pariser Friedenskonferenz wird am 4. Dezember geschlossen; im Februar soll eine neue Konferenz den Vertrag mit der Türkei erledigen.

Die Reichsregierung will bei der Entente vorstellig werden, um den ungehinderten Abzug der deutschen Truppen aus dem Baltikum durchzusetzen; mit den Letten wurde ein vorläufiger Waffenstillstand abgeschlossen.

In Köln fanden große Kundgebungen gegen Dr. Dorten statt, dessen Auslieferung gefordert wurde.

General Maercker hat die vollziehende Gewalt im Kreise Bitterfeld übernommen; er will die Truppen erst zurückziehen, wenn die Arbeit wieder aufgenommen ist.

Das Gesetz über Wuchergerichte ist vom Ausschuß der Nationalversammlung vorläufig angenommen.

Durch ein in Aussicht stehendes Kompromiß über das Betriebsrätegesetz soll angeblich die Regierungskrise vermieden werden.

Entente-Heuchelei.

Die Note des Obersten Rates zur Abreise Simsons

Wie die „Presse de Paris" meldet, bringt die Montag abend Herrn v. Lersner übergebene Note das lebhafteste Erstaunen des Obersten Rates über die Abreise des Ministerialdirektors v. Simson und seiner Mission zum Ausdruck. Die Note betont weiter, daß, wenn der Vertrag von Versailles am 1. Dezember nicht in Kraft gesetzt werden könnte, die Verantwortung dafür der deutschen Regierung zufalle, da die Abreise Simsons die Verhandlungen bezüglich des Vertrages unterbreche. Die Note schließt mit der Frage an Herrn von Lersner, welcher Art die Absichten des Berliner Kabinetts seien.

Neue Verhandlungen in Paris.

Wie unser Berliner Vertreter von gutinformierter Seite erfährt, wird Freiherr v. Lersner in den nächsten Tagen, wahrscheinlich schon am Donnerstag oder Freitag, die Verhandlungen in Paris wieder aufnehmen. Die unnachgiebige Haltung der Entente läßt voraussehen, daß die Verhandlungen nur sehr kurze Zeit dauern und schließlich die deutsche Delegation zur Unterzeichnung des Protokolls zwingen werden.

Die ängstliche Entente.

Der Abgeordnete Kenworthy hat im englischen Parlament an den Premierminister die Frage gerichtet, ob im Hinblick auf die monarchistischen Bestrebungen und die militärische Reaktion in Deutschland die Alliierten alles, was in ihrer Macht liegt, tun werden, um die Stellung der gegenwärtigen Regierung zu stärken.

Der „Temps" fragt: „Gibt es nicht in der deutschen Regierung militärische und reaktionäre Einflüsse, die das Inkrafttreten des Friedens um jeden Preis verhindern wollen, um die Entwaffnung Deutschlands und die Befestigung des demokratischen Regimes zu verhindern?"

Die Werftarbeiter gegen die Ententeforderungen.

Berlin, 25. Nov. Beim Reichskanzler erschienen heute Arbeiter von der Germaniawerft und der Reichswerft in Kiel, vom Vulkan und von anderen großen Werften, die auf Grund einer Konferenz der an allen deutschen Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter dringende Vorstellungen gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten Docks, Hebezeuge und Bagger erhoben. Sie überreichten eine Entschließung, die die Durchführung der Ententeforderungen als eine schwere Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Werftarbeiter bezeichnet und die Regierung ersucht, alles daran zu setzen, diese Schädigung abzuwenden.

* * *

Clemenceaus Gefangenennote.

Wie Frankreich seine Zusagen hält.

Die Reichsregierung verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die ungeheuerliche Note Clemenceaus über die Kriegsgefangenen in Frankreich verspätet veröffentlicht worden sei; die Note sei erst am 24. November in Berlin eingetroffen. Auf deutscher Seite ist man der Auffassung, daß Frankreich bereits vor mehreren Monaten die bündige Zusicherung gegeben hat, die Kriegsgefangenen herauszugeben, wenn wir der Entente Kohlen liefern würden. Bisher sind jedoch der Entente schon 1½ Millionen Tonnen Kohlen geliefert worden, ohne daß Frankreich sein Versprechen gehalten hätte. Auch im Falle Mannheim ist die Sühne von einer Million Goldmark aus öffentlichen Mitteln, wie bereits im Erzberger-Prozeß festgestellt wurde, gezahlt worden, ohne daß General Foch seine Zusage, dafür sofort unsere Kriegsgefangenen auszuliefern, gehalten hat. Die Tatsache steht also fest, daß uns Frankreich zweimal die bindende Zusage gemacht hat, ohne sie einzuhalten.

Eine Aktion des Papstes für die Gefangenen-Auslieferung.

Nach einer Mitteilung der Münchener päpstlichen Nuntiatur hat sich der Heilige Stuhl in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, daß Frankreich die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen bis zum Weihnachtsfeste bewirkt.

Das Internationale Rote Kreuz hat den Mikado ersucht, die Gefangenen in Ostsibirien, über die geradezu erschreckende Nachrichten eingetroffen sind, unter japanische Obhut zu nehmen.

Unerhörte Uebergriffe der Franzosen.

Deutsche Offiziere vor dem Lifler Kriegsgericht.

Nach der Straßburger Agentur der Agence Havas sind auf Grund eines Haftbefehls des 2. Lifler Kriegsgerichts fünf Deutsche in Deutschland verhaftet worden und am Sonnabend in Lille eingetroffen, wo sie nach der Zitadelle abgeführt worden sind. Sie werden wegen Diebstahls, Plünderung usw. verfolgt. Im ganzen sind jetzt 150 Haftbefehle erlassen. Die erste Abteilung von deutschen Offizieren und Beamten, die des Diebstahls und der Plünderung angeklagt sind, ist ebenfalls ausgeliefert worden und in Lille eingetroffen. Der Untersuchungsoffizier Hauptmann Constant hat erklärt, daß andere Deutsche binnen kurzem ihren Mitangeklagten folgen werden und daß die „Henker von Lille", mitinbegriffen die beiden Gouverneure, ihr Teil bekommen würden.

W. T. B. bemerkt hierzu: Eine Auslieferung deutscher Offiziere ist nicht erfolgt. Es ist unverständlich, wie eine solche Nachricht verbreitet werden kann.

Das Ende der Friedens-Konferenz.

Der Oberste Rat wird seine Sitzungen am 4. Dezember beenden und damit die Friedenskonferenz schließen. Schon für Februar nächsten Jahres wird eine neue Konferenz einberufen werden, die zunächst den Vertrag mit der Türkei erledigen soll. Ob die Vereinigten Staaten an dieser Konferenz teilnehmen, hängt von der Uebernahme des Mandats ab, wozu Amerika sich bisher geweigert hat. Die amerikanische Friedenskommission wird am 3. Dezember von Brest nach Amerika zurückkehren.

Amerikas Friedensdebatte.

Basel, 25. Nov. (Eig. Drahtber.) Nach Washingtoner Meldungen soll der amerikanische Senat die Beratung der Friedensratifikation erst Mitte oder Ende Januar wieder aufnehmen. Durch die Karenz-Zeit ergeben sich für die rechtlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland heikle Fragen. Die amtliche Ansicht ist, daß amerikanische Konsulate in Deutschland vor der Ratifizierung des Friedensvertrages nicht zulässig seien. Die Republikaner verlangen dagegen die sofortige Wiederaufnahme aller diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Der Friedenswechselbalg.

Die große Redetournee, die Wilson im Spätsommer dieses Jahres durch die amerikanische Union antrat, um Reklame für seinen Friedenswechselbalg zu machen, mußte wegen der Erkrankung des Präsidenten plötzlich abgebrochen werden. Es handelte sich sicherlich um mehr als um eine bloße politische Krankheit, und die Nachrichten, daß Wilsons Zustand zeitweilig zu den ernstesten Bedenken Anlaß gab, mögen schon stimmen. Sicherlich aber ist es auch Tatsache, daß Wilsons körperlicher Zusammenbruch verursacht worden ist durch die niederschmetternde Erkenntnis, daß das Werk, das er in Versailles hat schaffen helfen, vor den Augen seines Volkes keine Gnade finden werde.

Was damals schon zur Gewißheit geworden war, das ist jetzt nach langen und erbitterten Redekämpfen im amerikanischen Senat und nach einem politischen Intriguenspiel, bei dem alle nur erdenklichen Kniffe und Pfiffe angewendet worden sind, zur Tatsache geworden. Die Vorbehalte, durch die das Wesen des Völkerbundes, wie er durch den Versailler Vertrag geschaffen worden ist, zur Wesenlosigkeit gemacht und durch die der ganze Versailler Vertrag seines Inhalts und seines Kerns in sehr wesentlichen Teilen beraubt wurde, sind im Senat mit beträchtlicher Mehrheit angenommen worden, und bei der Gesamtabstimmung über die Ratifizierung des mit den Vorbehalten belasteten Vertrages, an dem nun niemand mehr eine rechte Freude hatte, konnte die für die Ratifizierung verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erzielt werden.

Es soll nun der Versuch gemacht werden, in einer erneuten Beratung des Senats die Ratifizierung schließlich doch noch zu erzielen, aber auch dieser Versuch bietet wenig Hoffnung auf Gelingen. Die öffentliche Meinung in Amerika ist zu der Erkenntnis gelangt, nicht bloß, daß der Versailler Friede ein frecher Hohn ist auf die von Wilson gepredigten Friedensgrundsätze, nicht bloß, daß die Verschandelung der Wilsonschen Ideen durch Wilsons englische und französische Freunde eine Blamage für Wilson und damit für das ganze amerikanische Volk ist, sondern auch, und das ist die Hauptsache, daß dieser Versailler Friede eine dauernde Gefahr für Amerika bedeutet; die Gefahr nämlich, daß die Amerikaner jederzeit in neue Welthändel verwickelt werden können. Die Amerikaner aber haben genug und übergenug von dem ersten großen Welthandel, in den sie durch die sogenannte Friedenspolitik ihres Präsidenten verstrickt worden sind. Ihre Volkswirtschaft ist vollkommen in Verwirrung geraten, ihr soziales Leben ist vergiftet, und das ganze Heer von Leiden, an denen das alte Europa krankt, ist auch über die Union gekommen. Man beginnt jetzt in Amerika einzusehen, daß man einem Phantom nachjagte, als man sich auf das europäische Abenteuer einließ, daß die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die man gebracht hat, vergeblich gebracht wurden, und daß neue Opfer, womöglich noch schwerere, gebracht werden müssen, wenn das faule Geschäft, in das man sich eingelassen hat, nicht so schnell wie möglich liquidiert wird.

Das Um und Auf der amerikanischen Auslandspolitik war immer der von dem vormaligen Präsidenten Monroe aufgestellte Grundsatz, daß Amerika in der europäischen Politik nichts zu suchen habe, und daß kein europäischer Staat sich in innerameriknanische Verhältnisse einmischen dürfe. Daß mit diesem Grundsatz der Artikel 10 des Völkerbundvertrages unvereinbar ist, liegt auf der Hand. Die Gliedstaaten des Bundes, so besagt dieser Artikel 10, verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die bestehende politische Unabhängigkeit aller dem Bunde angehörenden Staaten zu achten, und gegen jeden äußeren Angriff aufrecht zu erhalten. Hiernach also müßte Amerika mitmachen, wo immer in der Welt etwas los ist, ob es mitmachen will oder nicht. Denn — so besagt der Artikel 10 des Völkerbundvertrages weiter — im Falle eines Angriffes, einer Angriffsdrohung, oder einer Angriffsgefahr ergreift der Rat die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Sicherungsmaßregeln. Der Rat also, nicht das souveräne Volk von Amerika! Und da dieses Volk ja gesehen hat, wie man jederzeit eine Angriffsdrohung oder eine Angriffsgefahr konstruieren kann, auch da, wo man selber mit dem Angriff droht, so weiß es auch, daß es jederzeit von

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung im März 1920

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0001

denen, zu deren Komplizen es sich in diesem Weltkrieg gemacht hat, mißbraucht werden kann, um auch fernerhin für sie die Kastanien aus dem europäischen Feuer zu holen.

Das ist die Situation für die Amerikaner, und aus dieser Situation wollen sie heraus um jeden Preis. Wird aber der Artikel 10 des Völkerbundvertrages abgelehnt, so ist damit der ganze Völkerbund zum Teufel; und fällt der Völkerbund, so fällt auch der ganze Vertrag von Versailles, der auf der Idee des Völkerbundes aufgebaut ist.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß Wilson den Friedensvertrag von Versailles in der Erkenntnis seiner Undurchführbarkeit zurückgezogen und den Senator Lodge beauftragt habe, die Anbahnung eines Sonderfriedens mit Deutschland vorzubereiten. Ob diese Nachricht zutrifft, muß abgewartet werden. Der inneren Wahrscheinlichkeit entbehrt sie durchaus nicht; aber so oder so: die Vorgänge in Amerika zeigen aufs Neue, daß der Friede von Versailles undurchführbar, daß er ein Wechselbalg ist, das zu Grunde gehen muß, bevor es noch recht zum Leben gediehen ist.

Was werden soll, wenn nun wirklich der Schwindelbau des Ententefriedens zusammenkracht — kein Mensch weiß es! Aus Liebe zu uns lassen ihn die Amerikaner nicht zusammenkrachen, und ob der Krach in unserem Interesse liegt, oder ob er uns neue Leiden bringen wird, das kann heute kein Mensch sagen. Uns bleibt nichts übrig als abzuwarten, in Einigkeit unsere Kräfte zu sammeln, zusammen zu stehen und uns stark zu machen für das, was nun kommen mag. Das wäre unser nächstes Ziel. Aber von einem Willen, den Weg zu diesem Ziel zu beschreiten, ist bei uns weit und breit nichts wahrzunehmen. Und das ist das Schlimme — — —

Schwerer Kurssturz der Mark in Holland.

Aus dem Haag wird gedrahtet: Die in Holland aufgehäufte Menge deutschen Geldes und die Befürchtung, daß Deutschland durch die Unmöglichkeit, die erste Rate der Kriegsentschädigung pünktlich zu zahlen, zum Staatsbankerott gezwungen werde, ist derart groß, daß die deutsche Mark bereits für Ende Januar zu einem Kurse von 5 Gulden für 100 Mark zum Verkauf angeboten wird.

Kundgebungen gegen Dorten.

Köln, 25. Nov. Als gestern abend bekannt wurde, daß sich der aus den Sonderbundbestrebungen bekannte Dr. Dorten in der Stadt aufhalte, sammelten sich große Massen vor seinem Quartier. Die Arbeiter der Zentralelektrizitätswerkstätte legten die Arbeit nieder und zogen geschlossen dorthin. Unter Hochrufen auf die deutsche Republik wurde die Auslieferung Dortens gefordert. Erst in später Nachtstunde konnte die Menge von deutscher und britischer Polizei, die zum Schutze Dortens aufgeboten wurde, zerstreut werden.

Der Rückzug der Freikorps aus dem Baltikum.

Deutsche Vorstellungen bei der Entente?

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird die Reichsregierung bei der Entente vorstellig werden, um den ungehinderten Abzug der deutschen Freikorps aus dem Baltikum durchzusetzen. Es soll betont werden, daß der deutschen Regierung die sofortige Rückführung der Truppen als Verpflichtung auferlegt und sie für die bisherige Verzögerung verantwortlich gemacht worden sei. Nunmehr hinderten gerade die baltischen Randstaaten mit Unterstützung der Entente die auf dem Rückmarsch begriffenen Truppen an dem Durchzug nach der deutschen Grenze.

Wie weiter verlautet, wird die Reichsregierung davon Abstand nehmen müssen, den deutschen Truppen im Baltikum, deren Lage täglich verzweifelter wird, Unterstützung zu senden.

Der Kampf mit den lettischen Banden.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, dürfte der Rücktransport der deutschen Truppen aus Kurland trotz der Freigabe der Transportwege durch die lettische Regierung nicht glatt vor sich gehen. Die Wege durch Kurland, die von den deutschen Truppen auf ihrem Rückmarsch nach Deutschland genommen werden müssen, sind durch zahlreiche sehr gut bewaffnete lettische Banden unsicher gemacht. Es kann als sicher angenommen werden, daß die deutschen Truppen auf ihrem Rückmarsch mit den lettischen Banden schwere Kämpfe auszufechten haben werden.

Bisher sind nur etwa 80 bis 100 Mann von den Baltikumtruppen auf deutschem Boden angekommen. Sie befinden sich

in ganz trostlosem Zustande,

denn sie mußten sich größtenteils ohne Geld und ohne genügende Kleidung bei strenger Kälte zu Fuß durchschlagen. Erschütternd sind die Nachrichten, die aus dem Baltikum selbst kommen. Sieben Kilae, zur Hälfte mit Soldaten und Material belegt, mußten wegen Zerstörung der Bahnlinien auf freier Strecke liegen bleiben und waren dauernd dem feindlichen Feuer ausgesetzt. Zahlreiche Tote und Verwundete werden gemeldet. In den Lazaretten herrscht bittere Not. Ein Lazarettzug mit dem Notwendigsten ist vormittags in Richtung Schaulen abgegangen.

Ein Waffenstillstand mit den Letten.

Mit den Letten ist ein 24stündiger Waffenstillstand abgeschlossen. Man hofft, ihn zu einem dauernden zu machen. Sollten trotz der Abmachungen lettische Truppen den Durchzug der Deutschen zu stören versuchen, so wird die Ententekommission zum Schutze deutsche Truppen anfordern.

Kiew in der Hand Denikins.

Aus unbedingt zuverlässiger Quelle will der „Prisiw" erfahren haben, daß die Meldungen von einer Wiedereroberung Kiews durch die Bolschewisten den Tatsachen nicht entsprechen, sondern daß Kiew fest in der Hand Denikins sei.

Südslawien verlangt Auslieferung österreichischer Generale.

Nach einer Belgrader Meldung verlangt die südslawische Regierung die Auslieferung von etwa 600 österreichischen und ungarischen Offizieren und hohen Politikern, u. a. von Graf Berchtold, Feldmarschall Követz, den geweiene Militärgouverneur von Belgrad Generaloberst Rhemen und General Potiorek.

Eine neue Regierung in Aegypten.

London, 25. Nov. Von General Allenby traf ein Telegramm ein, in dem die Bildung einer neuen starken Regierung in Aegypten unter der Führung von Wahbah gemeldet wird.

Marsens vor dem Newyorker Staatsgerichtshof.

Der Gesandte Sowjetrußlands in Newyork, Martens, der sich vor dem Newyorker Staatsgerichtshof zu verantworten hatte, erklärte, daß er im Jahre 1905 und 1906 gemeinsam mit Lenin und Trotzki eine Verschwörung gegen die Zarenregierung in Deutschland unternommen habe. Er habe die Propaganda geleitet, nachdem er aus Rußland verbannt worden war und eine Gefängnisstrafe von drei Jahren in Deutschland verbüßt hatte.

Die Lage im Kreise Bitterfeld.

General Maercker übernimmt die vollziehende Gewalt.

Die Reichsregierung übertrug die vollziehende Gewalt im Kreise Bitterfeld auf General Maercker und im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern wurde Regierungspräsident v. Gersdorff-Merseburg zum Regierungskommissar ernannt.

Der Militärbefehlshaber hat im Kreise Bitterfeld durch Anschlag bekannt gemacht, daß, veranlaßt durch Gewalttätigkeiten, die die Arbeiterschaft der Anilinwerke Wolfen gegen die Werksleitung begangen hat, die Reichsregierung den General Maercker damit beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Gesetz und Recht wieder Achtung zu verschaffen. Gegen diejenigen, die sich strafbar gemacht haben, werden gerichtliche Haftbefehle ergehen. Der Fall von Wolfen ist der letzte in einer Reihe von Gesetzwidrigkeiten und vom Raune gebrochenen Arbeitseinstellungen im Kreise Bitterfeld, durch die das Wirtschaftsleben schwer geschädigt wurde und die die Reichsregierung sich nicht weiter bieten lassen konnte. Vor allem warnt der Militärbefehlshaber vor Anzettelungen von Streiks und ersucht die Bevölkerung, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

In Bitterfeld herrscht gegenwärtig Ruhe. Patrouillen der Reichswehr durchziehen die Straßen.

Die Streiklage entspannt sich.

Die Ankündigung aller notwendigen Maßnahmen, insbesondere der Bereitstellung der Technischen Nothilfe, scheint eine Entspannung der Streiklage bei Bitterfeld herbeigeführt zu haben. Nachdem noch am Vormittag die Arbeiter unter Androhung eines Generalstreikes der gesamten Arbeiterschaft der chemischen und Kohlenindustrie des Bezirkes Bitterfeld die sofortige Zurückziehung des Haftbefehls gegen den Arbeiter Haar gefordert hatten, sind sie im Laufe des Nachmittags auf die Zurücknahme des Haftbefehls nicht mehr zurückgekommen, scheinen also diese Forderung fallen gelassen zu haben. In der Besprechung des militärischen Oberbefehlshabers mit den Arbeiterführern wurde festgestellt, daß die Zurücksetzung der Truppen erst erfolgen würde, wenn die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen sei.

Nach der „Voss. Ztg." nehmen die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft der Anilinfabrik in Wolfen und des Elektron-Werkes 1 einen günstigen Verlauf.

Der Haupträdelsführer Haar festgestellt.

In Halle teilte gestern in einer Pressekonferenz ein Vertreter des Generals Maercker mit, daß die Ruhe im Bitterfelder Bezirk seit längerer Zeit gestört gewesen sei, woraus sich die Vorgänge auf der Grube „Leopold" und in Zichortewitz entwickelt haben. In Wolfen und Elektron 1 sei es zur Nötigung und Erpressung gekommen. Die militärische Besetzung sei notwendig gewesen. Mitgeteilt wurde noch, daß der Vorsitzende des Betriebsrates der Anilinfabrik Wolfen, Genosse Haar, nicht verhaftet werden konnte, da er geflüchtet sei. Die Notstandsarbeiten auf den Werken Agfa und Elektron werden von den Arbeitern ausgeführt.

* * *

Vor dem Ende des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Die aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern, Bergleuten und Regierungsvertretern scheinen zu einem Kompromiß zu führen, welches die Hauptforderungen der Bergarbeiter befriedigt. 75 Prozent der Bergleute waren am Sonnabend zur Arbeit zurückgekehrt.

Der Ausstand der englischen Eisengießer.

Ungefähr zehn Wochen dauert nunmehr der englische Eisengießerstreik. Infolge der Ausbreitung des Ausstandes auch über Schottland werden bald 60 000 Mann arbeitslos sein. Die Folgen des Ausstandes machen sich in der Maschinenindustrie und vor allem im Schiffsbau geltend. Man hofft, daß die Regierung zwischen den Parteien vermitteln wird.

Vermeidung einer Regierungskrise?

Wie unser Berliner Vertreter von unterrichteter Seite erfährt, besteht die Hoffnung, daß die wegen des Betriebsrätegesetzes in Aussicht stehende Regierungskrise vermieden werden kann. Ein Kompromiß in letzter Stunde ist nicht ausgeschlossen, falls neue Vorschläge der Demokraten bei den anderen Regierungsparteien Berücksichtigung finden. Diese Vorschläge zielen darauf hin, die den Betriebsräten zustehende Einsicht in die Bilanz von Vorbedingungen abhängig zu machen, die eine schädliche Auswirkung in Bezug auf übertriebene Lohnforderungen verhindern sollen. Wie verlautet, haben die Demokrat ihren Widerstand gegen die Berufung von Arbeitern in die Aufsichtsräte vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktion fallen gelassen.

Das Kabinett gab einstimmig seine Absicht dahin kund, daß das Gesetz vor Beginn der Weihnachtsferien in allen drei Lesungen verabschiedet und daß es von der Zustimmung der die Regierung bildenden Parteien getragen werden müsse.

Ein neuer Kurs.

Von unterrichteter Seite erfährt unser Berliner Vertreter, daß das Kabinett sich rückhaltlos hinter die von dem Minister Koch eingebrachte Vorlage über den Ausnahmezustand stellen wird. Mit dieser Neuordnung der Dinge beabsichtigt die Reichsregierung einen völlig neuen Kurs einzuschlagen und anzustreben, daß die völlige Unterordnung der militärischen Kommandostellen unter die Zivilgewalt die jetzige Regierung von dem Vorwurf der Wiederaufrichtung des Militarismus reinigen werde.

Die Wuchergerichte.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung nahm am Dienstag eine von der Regierung vorgelegte Verordnung gegen den Wucher und den Schleichhandel an. In ihrer Bekämpfung sollen besondere Wuchergerichte eingesetzt werden und zwar für jeden Bezirk eines jeden Landgerichts mindestens ein besonderes Gericht. Besetzt sind diese Gerichte mit drei Richtern und zwei Schöffen, von denen je einer aus dem Kreise der Erzeuger und dem Kreise der Verbraucher genommen werden soll. Justizminister Schiffer erklärt, zu erwägen wäre eine Veröffentlichung der Namen der wegen Wucher und Schieberei Verurteilten. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde.

Der Ertrag der neuen Steuern.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin hört, soll die Reichseinkommensteuer acht Milliarden Mark erbringen. Bei der Kapitalertragssteuer in ihrer neuen Gestalt rechnet man mit 1,4 Milliarden Mark.

Sachsen gegen eine neue Verkehrssperre.

Gegenüber verschiedenen Gerüchten, daß für Ende Dezember oder für den Januar kommenden Jahres eine neue Verkehrssperre zu erwarten sei, erklärt die Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen, daß bei ihr von einer derartigen Absicht der Regierung nichts bekannt sei. Die Generaldirektion werde sich mit einem solchen Plan keineswegs einverstanden erklären.

Folgen des Kohlenmangels.

Infolge der noch immer unzureichenden täglichen Kohleneingänge hat sich die Kohlenstelle Großberlins entschließen müssen, weitere Einschränkungen anzuordnen, so daß von Freitag ab nach 9½ Uhr abends keine elektrische oder Gas-Beleuchtung mehr in Gastwirtschaften, Kaffeehäusern usw. benutzt werden darf.

Wegen Kohlenmangels hat die Maschinenfabrik und Eisengießerei Scheffer u. Budeberg in Magdeburg mit Zustimmung des Arbeiterausschusses 500 Arbeiter der Gießerei auf Kurzlohn gesetzt. Bei Fortdauer des Kohlenmangels muß die ganze Fabrik stillgelegt werden.

Der Nachfolger Haases.

Laut „P. P. N." hat die Fraktion der Unabhängigen als Nachfolger Haases den Abg. Henke-Bremen zum ersten Vorsitzenden, den Abg. Geyer-Leipzig zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Ein ehemals mittelloser Sozialdemokrat als Palastkäufer.

Wiener Blättermeldungen zufolge kaufte der sozialdemokratische Präsident Seitz, der ehedem völlig mittellos gewesen ist, das Ringstraßenpalais um sieben Millionen Kronen.

Oberst Reinhard beurlaubt.

Oberst Reinhardt ist, wie halbamtlich gemeldet wird, beurlaubt worden. Die Beurlaubung steht zweifellos im Zusammenhang mit den in der „Zukunft" gegen ihn erhobenen Angriffen wegen seines Verhaltens bei der während der Märzunruhen erfolgten Erschießung der 32 Matrosen. Oberleutnant Merlach wird sich deswegen am 8. Dezember vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Aus Stadt und Umgebung

Keine Aenderung der Bestimmungen über die Viehzählung.

* Zu einer in verschiedenen Zeitungen erschienenen Notiz, wonach mit der Viehzählung am 1. Dezember zugleich eine Schätzung des durchschnittlichen Lebendgewichts der Rinder und Schweine in den einzelnen Gemeinden vorzunehmen sei, teilt uns das hiesige Landratsamt mit, daß an amtlicher Stelle bis jetzt von einer diesbezüglichen Verfügung nichts bekannt ist. Die Viehzählung findet daher in der bisherigen Weise statt, eine Gewichtsaufnahme ist nicht nötig. Falls abändernde Bestimmungen getroffen werden sollten, erfolgt noch eine besondere amtliche Bekanntmachung.

Elektrizitätssperre am Montag und Donnerstag.

* Die Ueberlandzentrale hat angeordnet, daß zur Erzielung von Kohlenersparnis bis auf weiteres die Elektrizitätsversorgung der Stadt Merseburg Montags und Donnerstags von ½6 bis 9 Uhr gesperrt wird. Diese neue Maßnahme trat bereits am letzten Montag mit überraschender Plötzlichkeit in Erscheinung. Die Elektrizitätsversorgung unserer Stadt leidet überhaupt in letzter Zeit unter häufigen Störungen, die ihren Grund in Mängeln im Leitungsnetz haben. Der Strom setzt sehr oft längere Zeit aus, oder der Strom ist so schwach, daß die Lampen nur eben glimmen. Von diesen Störungen werden die Betriebe mit elektrischer Kraft am empfindlichsten betroffen, da sie auf den elektrischen Strom als einziges Betriebsmittel angewiesen sind.

Milchkartenausgabe.

* Die städtische Milchkartenstelle klagt darüber, daß die Milchkarten nicht zu der festgesetzten Zeit abgeholt werden. Ein großer Teil der Milchversorgungsberechtigten holt die Karten ganz, nach Belieben erst nach 2—5 Tagen und später ab. Abgesehen davon, daß dadurch die Arbeit der Milchstelle ungemein erschwert wird, muß daraus geschlossen werden, daß die Betreffenden die Milch wirklich nicht so dringend gebrauchen, wie sie sonst behaupten. Es ist deshalb angeordnet worden, daß die Milchkarten nur zu den festgesetzten Zeiten verabfolgt werden. Eine nachträgliche Ausgabe von Milchkarten außerhalb der vorgeschriebenen Ausgabezeiten findet künftig grundsätzlich nicht mehr statt.

Höchstarbeitszeit in Handwerksbetrieben, die mit der Landwirtschaft in Fühlung stehen.

* Der Herr Regierungs-Präsident hat durch die Ausnahme-Verordnung vom 10. 11. 1919 allgemein festgesetzt, daß in Handwerksbetrieben, die mit der Landwirtschaft in enger Fühlung stehen (Schmieden, Stellmachereien, Sattlereien usw.) die Arbeitszeit bis zu den in den §§ 3—5 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. 11. 1919 festgesetzten Höchstarbeitszeiten ausgedehnt werden darf. Nach der vorläufigen Landarbeitsordnung beträgt die tägliche Höchstarbeitszeit in vier Monaten durchschnittlich 8, in vier Monaten durchschnittlich 10 und in weiteren vier Monaten durchschnittlich 11 Stunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0002

Verbesserungen im Postbetrieb.

Der Verkehrsbeirat der Postverwaltung hat in seiner letzten Tagung u. a. beschlossen, daß Packete im Gewichte von 1 Kilo als Briefpostgegenstand zu behandeln und nicht mehr mit Packetkarte als Packet aufzuliefern sind. Es ist ferner geplant, ein Einheitsporto von 60 Pfg. einzuführen. — Die telegraphische Bestellung soll dadurch verbessert werden, daß die Eilbriefbestellung, die bisher fast überwiegend mit ihr vereinigt war, möglichst von ihr getrennt werden soll. — Im Fernsprechverkehr wird eine bessere Schulung des Personals durch Lehrgänge angestrebt werden. Es fehlen noch 250 000 Apparate, davon sind 150 000 bereits vom Publikum bestellt. — Der Postscheckverkehr betrug in den zehn Jahren seines Bestehens 500 Milliarden Mk., hat aber in diesem Jahre bereits einen Umfang von 205 Milliarden angenommen.

Stockung der amerikanischen Schweinefleischeinfuhr.

* Wie die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz" berichtet, hat die Reichsfleischstelle den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß in der Belieferung mit amerikanischem Schweinefleisch Stockungen eintreten werden, so daß es unmöglich ist, dauernd für sämtliche Bezirke des Deutschen Reiches gleichzeitig die nötigen Schweinefleischerzeugnisse einzuführen. Die Stockung ist darauf zurückzuführen, daß die Reichsfleischstelle Kreditverhandlungen mit amerikanischen Ausfuhrstellen führt und noch keine Einkäufe vornehmen kann.

Tivoli-Theater.

* Am Donnerstag findet auf vielseitigen Wunsch noch eine Wochentags-Vorstellung der wunderbaren Joh. Straußschen Operette „Der Zigeunerbaron" statt. Es ist sehr zu empfehlen, diese Vorstellung nicht zu versäumen. Sonntag wird die Operette der „Zigeunerbaron" zum letzten Male gegeben. Bei der Beliebtheit dieser Operette ist es sehr zu raten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Nachmittags geht das beliebte Kindermärchen „Klein Däumling" in Szene.

Arbeiterrat.

* Eine Sitzung des Arbeiterrates der Stadt Merseburg fand am gestrigen Dienstag abend im Stadtverordneten-Sitzungssaal statt. Unter Punkt 1: Eingänge, gelangte ein Schreiben des Magistrats zur Verlesung. Dasselbe knüpft an eine Erklärung an, die Stadtrat Fiedler in der Stadtverordneten-Versammlung abgab. Danach ist die Summe von 4500 Mk., die der Arbeiterrat vom Magistrat erhielt mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie zur Besoldung des Arbeiterrats-Sekretärs und einer Hilfskraft zu verwenden seien, zum Teil — entgegen dieser Bestimmung — anders verwendet worden. Die Hilfskraft wurde erspart, das dafür ausgeworfene Geld teils zu sächlichen Ausgaben verwendet, teils aufgespart. Der Magistrat erhebt gegen diese Handhabung Einspruch umsomehr, als in der vom Sekretär des Arbeiterrats geleisteten Quittung ausdrücklich bescheinigt sei, daß das Geld der Bestimmung gemäß verwendet werde. Infolgedessen sei die Quittung falsch und ungültig und der Magistrat macht Anspruch auf die noch vorhandenen 226,04 Mark. Nach einer Verlegenheitspause entspann sich eine längere Diskussion, an der sich die A.-R. Prüfer, Körlin, Wulf, Knoblauch u. a. beteiligen. Der Vorschlag des Vollzugsrates, das Geld zu behalten fand eine Mehrheit. A.-R. Knoblauch (Dn.) machte den Vorbehalt, daß die Genehmigung der Stadtverordneten hierzu erst eingeholt werden müsse. A.-R. Wulf (U.S.) steht auf dem Standpunkt, daß Stadtrat Fiedler die Hilfskraft ersetzt habe und daher diesem das Geld zustehe. Wenn er darauf verzichtet habe und das Geld anderweit verwende, sei das seine Sache.

2. Zu dem Punkt „Verschiedenes" beantragt A.-R. Nebel Vornahme von Neuwahlen für die zum Kreisarbeiterrat entsandten Mitglieder Winkler, Fiedler, Langer, Späth, die verzogen sind. Darauf unterbreitet er der Wohnungskommission einen Fall: eine alte, kranke Dame sei durch die Besichtigung der Wohnung und das Verlangen, ein Zimmer zur Unterstellung von Möbeln zur Verfügung zu stellen in große Aufregung geraten und habe an der Gesundheit Schaden genommen. Es stellt sich heraus, daß die Wohnungskommission des A.-R. damit nichts zu tun hat und der Fall erledigt ist. Redner bedauert dann, daß der Kinderpflegekommission seitens der Bevölkerung keinerlei Anregungen zugegangen seien. Er schlägt vor, die für Kinder nicht mehr zur Ausgabe gelangenden Zwiebäcke durch Haferflocken zu ersetzen und erhebt nochmals die Forderung nach Schaffung einer Berufsvormundschaft für Merseburg sowie Errichtung eines Säuglingsheims. A.-R. Hey (U. S.) betont, daß die Wohnungskommission nur Laufbursche des Magistrats sei, sie habe an der Beschlußfassung keinen Anteil. A.-R. Prüfer (Dem.) tritt dem entgegen. Stadtrat Wölfel, der neue Dezernent, handle wesentlich anders. Die Mitglieder der Wohnungskommission des A.-R. nehmen tatsächlich an der Beschlußfassung in den einzelnen Fällen teil. Redner geht ausführlich auf die Tätigkeit der Kommission ein und bringt die einzelnen Fälle zur Sprache. Zum Schluß gelangt ein Fall zur Sprache, nach welchem das Mieteinigungsamt zu einer wesentlichen Mietserhöhung ohne weiteres seine Zustimmung geben haben soll. A.-R. Lohrengel (Dn.), Mitglied des Mieteinigungsamtes, erklärt, daß ihm der Fall unbekannt sei, und bezweifelt, daß er sich so verhalte. Außerdem fragt er an, warum ein in geheimer Sitzung gefaßter Beschluß nicht zur Ausführung gekommen sei; die Angelegenheit soll untersucht werden.

Hierauf wurde zur Wahl der Mitglieder des Kreisarbeiterrats geschritten. Es fielen auf Liste Hey (U. S.) 8 Stimmen, Recht (Dem.) 9 Stimmen, Kloß (Dn.) 4 Stimmen. Gewählt wurden Hey, Wulf (U. S.), Recht, Embruch (Dem.). Bei der Auslosung zwischen den Listen Hey und Kloß hatte das Los für erstere entschieden. Abg. Kämpf (M. S.) gab namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß dieselbe ihre Mandate zurückziehe, da sie nach Durchführung der Sozialisierung im Stadtparlament dem Arbeiterrat die Existenzberechtigung aberkenne. Diese Erklärung ruft schärfsten Widerspruch bei der U. S. P. hervor, die „den Arbeiterrat für wichtiger hält, als die „Technische Nothilfe oder die Alte Sozialdemokratie". Letzterer wird der Vorwurf gemacht, daß sie die Revolution nicht genügend „vorwärts getrieben habe". A.-R. Kämpf (M. S.) erwidert, wenn die U. S. P. anstatt „die Revolution vorwärts zu treiben", lieber mehr praktische Arbeit geleistet hätte, ständen wir heute nicht in dieser traurigen Lage.

A.-R. Hey (U. S. P.) hatte einen Artikel in einem hiesigen Blatte angegriffen, der sich gegen die Denunziation wendet. A.-R. Brenner spricht seine Verwunderung über den Gesinnungswechsel innerhalb der U. S. P. aus. Als er s. Z. erklärt hatte, man solle bei erwiesenen Vergehen Anzeige erstatten, anstatt sich zu entrüsten, hieß es von seiten der U. S. P. „Der schlimmste Kerl im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Die Kriegsgefallenen. — Dichterabend.

** Ammendorf, 26. Nov. Im Kirchspiel Ammendorf-Beesen-Planena wurden bis zum Totenfeste 202 Kriegstote gezählt. Davon entfallen auf Ammendorf 133, Beesen 66 und Planena 3 Opfer des Weltkrieges. — Der vierte diesjährige, vom Gemeinnützigen Verein veranstaltete Bildungsabend ist dem Gedächtnis des Dichters Gottfried Keller gewidmet. Seminarlehrer Körlin aus Merseburg wird Donnerstag, den 27. d. M. im Gasthaus zur „Halleschen Quelle" über Kellers Erziehungsroman „Der grüne Heinrich" sprechen.

Professor Lindner †.

** Halle, 26. Nov. Am Montag ist unser berühmter Historiker Geheimrat Professor Dr. Lindner im Alter von 76 Jahren gestorben. Die Universietät und darüber hinaus das geistige Leben von Halle erleidet dadurch einen schmerzlichen Verlust. Ueber 30 Jahre — seit 1888 — gehörte er unserer Alma Mater an.

Die Wette eines Blinden.

** Zörbig (Bez. Halle), 25. Nov. Auf dem nahegelegenen Petersberge kam unlängst ein erblindeter Mann aus Cöthen zu Fuß an infolge einer Wette. Er erhielt 300 Mk. für die Zurücklegung des 20 Km. langen Weges ohne Führung. Vorübergehende durfte er befragen. Die Teilnehmer dieser Wanderung traten die Rückkehr mittels Wagens an.

Tödlicher Eisenbahnunfall.

** Halle, 26. Nov. Auf Station Delitzsch wurde eine Frau vom Zuge überfahren und sofort getötet. Die Schuld ist der Frau selbst zuzuschreiben, da sie noch versuchte, auf den Zug aufzuspringen, als dieser schon in Bewegung war. Auch ihr Mann mit seinem fünfjährigen Kinde sprang noch auf den in der Fahrt befindlichen Zug; ihm gelang es indes, während die Frau ihr Leben verlor.

Stadtverordnetensitzung.

** Lützen, 25. Nov. In der am 18. November stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst der Stadtverordnete Rechtsanwalt Baehrecke, der an Stelle des von Lützen verzogenen Stadtv. Gneist tritt, in sein Amt eingeführt. Die zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern wiedergewählten bezw. neugewählten Herren Zigarrenhändler Otto Gude, Gastwirt Paul Sander, Zimmerpolier Franz Prager, Kaufmann Karl Bock und Brunnenbauer Artur Herbst wurden in Eid und Pflicht genommen. Der Antrag des Magistrats, die aus den Dienstzimmern des Rathauses zu entfernenden Bilder, Büsten, Fahnen usw. im Rathause in einem besonderen Raume unterzubringen, der seiner neuen Bestimmung entsprechend würdig herzurichten ist, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. Beschlossen wurde den Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten für den durch Teilnahme an Sitzungen usw. entstehenden Ausfall an Verdienst pro Stunde mit 2 Mk. zu ersetzen. Folgender Antrag des Magistrats wurde einstimmig angenommen: Vom 1. Oktober ab wird in der Stadt Lützen zu der Reichsgrunderwerbssteuer ein Zuschlag erhoben von 1 Proz. des reichssteuerpflichtigen gemeinen Werts des Grundstücks. Ein Antrag, die Rübenbaugesellschaft für den Schaden, der der Stadt dadurch entstanden ist weil die von der Gesellschaft gepachteten Feldgrundstücke des Martzschen Gutes in Treben nach den Pachtbedingungen nicht mit Saatgut bestellt sind regreßpflichtig zu machen, wurde angenommen. Die einmalige Beschaffungszulage der städt. Beamten usw. wurde nach den Grundsätzen der Staatsbeamten und Lehrer einstimmig genehmigt.

Wettervoraussage

Donnerstag, den 27. November. Meist trübes Wetter mit Niederschlägen, Temperatur später sinkend.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Letzte Depeschen

Noch keine Einigung über die Betriebsräte.

Berlin, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Wie wir hören, wird in der heutigen Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung die Entscheidung über den strittigen § 34 nicht fallen. Die Abstimmung darüber ist weiterhin ausgesetzt worden, da die Einigungsverhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Von den Demokraten ist ein neuer Kompromißantrag bisher nicht eingebracht worden.

Verhandlungspause der Nationalversammlung.

Berlin, 26. Nov. Die Nationalversammlung wird voraussichtlich Ende dieser Woche wieder eine kleine Verhandlungspause eintreten lassen; wahrscheinlich werden am Freitag und Sonnabend dieser, sowie Montag und Dienstag der kommenden Woche die Plenarsitzungen ausfallen.

Obligatorische Schiedsgerichte.

Berlin, 26. Nov. Das seinerzeit bereits vom Reichskanzler angekündigte Gesetz gegen die wilden Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte wird laut „Voss. Ztg." unter allen Umständen noch vor den Weihnachtsferien der Nationalversammlung zugehen.

Reichskommissar Hörsings Rücktritt.

Berlin, 26. Nov. Wie die „Voss. Ztg." aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfährt, wird Reichskommissar Hörsing bestimmt von seinem Amte zurücktreten. (Nach der Ernennung eines Oberpräsidenten für Oberschlesien hatte das Amt auch kaum mehr einen positiven Inhalt.)

Die Vorbereitung des Wiederaufbaues.

Berlin, 26. Nov. Der Reichsminister für Wiederaufbau Dr. Geßler hat sich nach Süddeutschland begeben, um mit den dortigen Regierungen und Interessentenkreisen insbesondere über den Wiederaufbau Nordfrankreichs Fühlung zu nehmen. Aussprachen gleicher Art sind in Frankfurt, Dresden, Hamburg und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Aussicht genommen.

Churchill über Deutschlands Zukunft.

London, 26. Nov. Churchill schreibt dem „Sunday Herald", es müsse die Politik Englands sein, das deutsche Volk nicht zur Verzweiflung zu treiben und zu verhindern, daß ihm nur die Hoffnung bleibt, einst wieder an das Schwert zu appellieren. Es sei keine gute Politik, Deutschland von allem abzuschneiden und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin übrig zu lassen. Wenn Deutschland mit Rußland gemeinsame Sache mache, würde die Gefahr von 1914 wieder aufleben, und man würde zwei Völkerbünde bekommen, den Bund der siegreichen und den Bund der unterlegenen Nationen.

Cecil für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Amsterdam, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Laut „Telegraaf" meldet der Pariser Korrespondent der „Newyork Sun" aus London, in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Anfrage erklärt, er sei jederzeit dafür eingetreten, daß Deutschland sobald wie möglich dem Völkerbund beitrete.

Großes amerikanisches Anleiheprojekt.

Haag, 26. Nov. „N. R. C." meldet aus Newyork, daß auf der internationalen Handelskonferenz von dem Ausschuß der amerikanischen Bankvereinigungen sowie der englischen, französischen und italienischen Delegation der Plan erörtert wurde, eine große öffentliche Anleihe für das Ausland in Höhe von 2 bis 4 Milliarden Dollar auszuschreiben, um den europäischen Wechselkurs zu regeln und den Ankauf von Waren in Amerika zu erleichtern.

Clemenceau will sich rechtfertigen.

Paris, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) In der gestrigen Sitzung des Ministerrates haben die bei den Kammerwahlen nicht mehr gewählten Minister und Unterstaatssekretäre Clemenceau ihre Demission überreicht. Die neugewählte französische Kammer wird zwischen den 5. und 12. Dezember zusammentreten. Clemenceau wird die Billigung für seine Politik gegenüber Deutschland nachsuchen.

Die Besetzung der Abtretungsgebiete.

London, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Churchill teilte in Erwiderung einer Anfrage im Unterhaus mit, daß der Oberste Rat den Vorschlag gemacht hat, daß in Memel und Danzig englische Truppen ein Jahr verweilen sollen und in Schlesien 18—20 Monate.

Englische Offiziere bei den Letten und Litauern.

Tilsit, 26. Nov. Mit den völlig eingeschlossenen baltischen Truppen besteht nur noch Funkenverbindung. Eisenbahn und Telegraphen sind durch Letten und Litauer unterbrochen. Bei Letten und Litauern sind nunmehr einwandfrei englische Offiziere festgestellt. Die Rolle, die England bei diesem letzten großen Kesseltreiben auf deutsche Männer spielt, wird damit immer klarer.

Ostpreußen erbittet Schutz gegen die Baltikumtruppen.

Berlin, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückflutenden Truppen gebeten wird.

Verurteilung eines Belgiers.

Brüssel, 26. Nov. Der Assisengerichtshof von Brabant verurteilte den Direktor der „Revue internationale" Wilhelm Vogel wegen Unterstützung des feindlichen Vorgehens und wegen Begünstigung seiner Absichten zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 240 000 Franken Schadenersatz.

Anerkennung der ungarischen Regierung.

Budapest, 26. Nov. Das Kabinett Huszar hat gestern den ersten Ministerrat abgehalten, bei dem sämtliche Minister den Eid ablegten. Sir Clerk hat in einer Note an Huszar das Konzentrationskabinett als provisorische Regierung anerkannt.

Ein reichsdeutscher Hilferuf aus Oesterreich.

Berlin, 26. Nov. Die Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien haben an den deutschen Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Präsidenten der Nationalversammlung Telegramme gerichtet, in denen sie angesichts der Not Deutsch-Oesterreichs für die dort lebenden Reichsdeutschen bitten, die einer Zubuße an Nahrungsmitteln und Heizmaterial dringend bedürften.

Unglaubliche Lebensmittelpreise in Wien.

Wien, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Die auf einen halben Laib Brot gekürzte Wochenration der Wiener hat im Schleichhandel den Preis für ein zweieinhalbpfündiges Brot minderer Qualität, der in voriger Woche noch 15 Kronen betrug, auf 30—40 Kronen hinaufschnellen lassen. Die Kutscher der Großbäckereien haben um polizeilichen Schutz für ihre Fahrten in die Vorstädte nachgesucht. Rindfleisch kostet pro Kilo 100 Kronen, Schweinefleisch 120 Kronen, Gänse das Stück bis 1000 Kronen, Hühner ungefähr 300 Kronen.

Ein Komplott gegen Venizelos.

Athen, 26. Nov. Es ist ein Komplott entdeckt worden, das von Offizieren, die Anhänger des Königs Konstantin sind, angezettelt worden ist und die Ermordung Venizelos' und den Sturz des gegenwärtigen Regimes zum Ziele hatte. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

Scheidemann, Kasseler Oberbürgermeister?

Kassel, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Die hiesigen sozialdemokratischen Stadtverordneten haben einstimmig beschlossen, für den erledigten Posten des Oberbürgermeisters den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann vorzuschlagen. Dieser hat bereits vor mehreren Wochen sich bereit erklärt, das Amt des Oberbürgermeisters seiner Vaterstadt anzunehmen.

Eine böhmische Zuckerfabrik abgebrannt.

Prag, 26. Nov. (Eig. Drahtber.) Gestern nachmittag ist die Zuckerfabrik M. B. Teller in Sedletz bei Kuttenberg abgebrannt. Der Schaden wird auf zwei Millionen Kronen geschätzt. Die Fabrik war auf eine Erzeugung von 500 000 Meterzentnern eingerichtet; die Lager mit ungefähr 100 000 Meterzentnern Zucker sind gerettet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0003

Im Verlage von FR. STOLLBERG ist erschienen:

ALLERLEI LEUTE

BEITRÄGE ZUR LEBENSKUNDE

VON

PROFESSOR WILH. BITHORN

5½ Bogen 8° geheftet **Preis 3 Mark** mit Teuerungszuschlag.

In fesselnder Weise schildert der feine und tiefe Kenner des Menschenlebens die Menschen, mit denen wir tagtäglich verkehren.

Das Büchlein ist für Jedermann geschrieben, denn Jeder findet darin eine Anregung und Belehrung.

Zuckerkleinhandelspreis

wird für den Bezirk der Stadt Merseburg festgesetzt für
weißen Kandis 1,80 ℳ das Pfund
farbigen „ 1,25 „ „ „

Merseburg, den 24. November 1919.

L. A. I. 1167/19. **Der Magistrat.**

Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofstraße 3 —

Postscheck-Konto: Leipzig 8806 Fernruf 540

unter Haftung und Sicherheit des Kreises

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.

Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse

— An- und Verkauf von Wertpapieren. —

Einlösung fälliger Zinsscheine und gelöster Stücke.

Darlehne an Jedermann

gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezialanstalt z. Förderung des Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.

Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.

Völlig kostenlose Ausführung von Geld-Ueberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.

— Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften. —

Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Rein. Malzextrakt
Rein. Medizinal-Lebertran
in Flaschen und ausgewogen
Lebertran-Emulsion
Haematogen
Malz- und Eisentropon
empfiehlt

Adler-Drogerie

Kurt Atzel

Fernruf 311. Fernruf 311.

Särge aller Art

empfiehlt

Hugo Schwimmer

Sarg-Magazin

Neumarkt 22 :: Neumarkt 22

Damenwäsche u. Wäschestoffe

Kleiderstoffe

in Wolle und Seide

empfiehlt

Rudolf Krämer

Merseburg, Christianenstr. 7

Telephon 444.

Scheuertücher wieder eingetroffen.

Die Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen

ist vom 1. Dezember 1919 nur möglich nach Hinterlegung der betreffenden Wertpapiere bei einem Bankhause, oder Nachweis, daß sie bei der Steuer angemeldet sind.

Ich empfehle mich daher angelegentlichst als Hinterlegungsstelle für Wertpapiere.

Robert Rosenberg, Bankgeschäft,
Halle a. S., Leipzigerstraße 76 (Hotel Rotes Roß).

Jeder sein eigener Tischler.

Sende meine **Univ.-Hobelbank D. R. G. M.** franko für **21 Mk.**

An jeden Tisch passend. Unverwüstlich. Verlange Prospekt gratis. **Onigkeit, Leipzig,** Roßstr. 9.

In das Handelsregister B Nr. 20, betr. Merseburger Ueberlandbahnen, Aktiengesellschaft in Merseburg, ist heute folgendes eingetragen: Das Grundkapital ist auf 3 500 000 Mark erhöht.

Merseburg, den 14. Nov. 1919.
Preußisches Amtsgericht, Abt. 4.

Angebot.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

Zirka 150 Zimmer in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik

Albert Marlick Nachf.

Inh. **Richard Ziemer**

Halle S., Alter Markt 2

Kopfnisse

werden garantiert in 24 Stunden entfernt ohne schädliche Einwirkung auf das Haar.

Prospekte diskret u. kostenlos.

Versandhaus

„Excelsior“,

Nürnberg, Webersplatz 11.

Eheleute

wollen in eigenen Interesse Adresse senden unt. »Leben u. Gesundheit 5« Berlin S.W. 13 postl.

Felle!!

Kanin bis 6 Mark
Hasen „ 6 „
Ziegen „ 90 „

Füchse, Marder und Iltisse kauft und zahlt die Höchstpreise

Moor-Leipzig

Brühl 21. — Telephon 10 359.

Qualitäts-Zigarren

von Mk. 750.— bis Mk. 1500.— pro Mille.

Zigarillos, Zigaretten, Tabak

offeriert

S. Bari, Handelserlaubnis,

Hamburg 30, Roonstr. 12.
Fernruf: Hansa 1848.

Pflaumentreber,

vorzügliches Schweinefutter, auch in kleinen Posten haben abzugeben

Gross & Co., G. m. b. H.
Luisenstraße.

Gold-Silber-Münzen
Zahn-Gebisse
Platin

zu höchsten Preisen kauft

Keller, Leipzig, Brühl 41.

---

1 großer birkener Spiegel,
1 schwarze Säule
1 Bijambon mit Aufsatz
zu verkaufen.

Obere Breitestr. 7.

Vermög., 30jähr. Bienenzücht. w. mit Landsrl. Briefw. zw. **Heirat.** Offerten mit näh. Angaben, wenn möglich mit Bild unter **L. U. 1550** Rud. Mosse, Leipzig.

Wohnung

3 bis 4 Zimmer, Küche usw., von Brautpaar für 1. April od. früher gesucht. Angaben erbeten unter B. H. 4 an die Expedition dieses Blattes. † †

Ratskeller Merseburg.

: Eröffnet am 29. November 1913 :

Anläßlich des 6jährigen Bestehens

Sonnabend, den 29. November, von 7 bis ½11 Uhr:

Erstklassiges Künstler-Konzert

Besetzung: Klavier, Harmonium, 2 Geigen, Cello, Flöte

Sonntag, den 30. November, von 11 bis 1 Uhr:

Frühschoppen-Konzert

von 4 bis ½11 Uhr:

Künstler-Unterhaltungsmusik

Dir. Konzertmeister Putler. Otto Kießler.

Neuland.

Freitag, den 28. November, abends 7½ Uhr
im »Tivoli«, Saal I., eine Treppe
spricht

Professor Dr. Lhotzky

über

Deutsche Treue.

Alle »Neuländer« und diejenigen, welche »Neuland« und seine Ziele kennen lernen wollen, sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.

Sup. Bithorn. Frau Pastor Riem.

Merseburger Mieterverein.

Montag, den 1. Dezbr. 1919, abends 7½ Uhr
im „Tivoli“ (Großer Saal):

Oeffentliche Mieterversammlung.

Redner: Herr Bruno Groß, Bochum.

Vorsitzender des Verbandes rhein.-westf. Mietervereine.

Tagesordnung:

1. Das Recht auf eine gesunde Wohnung.
2. Die Erfolge der Mieterbewegung.
3. Sozialisierung des Wohnungswesens.

Nach dem Vortrage freie Aussprache.

Es liegt im Interesse eines jeden Mieters, diese Versammlung zu besuchen.

Eintritt 50 Pfg. und Kartensteuer.

Der Vorstand.

Juwelier Erich Heine

Goldschmied

empfiehlt

Brillantschmuck

In Sonderheit: **Brillant-Ringe** von 200 bis 10 000 Mark zu sehr niedriger Preisstellung.

Greifen Sie zu

einer Insertion im

Merseburger Tageblatt

die Ihnen Ihren Weihnachtsumsatz verdoppeln hilft.

Die grosse Mode!

Kunstseidene gestrickte Jacken
für Damen, junge Mädchen und Kinder
Kunstseidene gestrickte Blusen,
Kunstseid. gestrickte Kindermäntel
empfiehlt in sehr grosser Auswahl und vielen modernen Farben **preiswert**

H. Schnee Nachf.,

A. & F. Ebermann

HALLE a. S. Gr. Steinstr. 84.

Stadttheater Halle

Donnerstag, abds. 8 Uhr:
4. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus:
II. Konzert.

Freitag, abends 7½ Uhr:
Don Carlos.

Tivoli-Theater, Merseburg

Dir.: Arthur Dechant.

Donnerstag, d. 27. Novbr. 1919, abends ½8 Uhr:

Der Zigeunerbaron.

Operette i. 3 Akt. v. Joh. Strauß

Sonntag, den 30. Novbr. 1919, abends ½8 Uhr:

Zum letzten Male!

Der Zigeunerbaron.

Operette in 3 Akt. v. J. Strauß.

Nachmittags ¼4 Uhr:

Große Kindervorstellung.

Klein Däumling und der Menschenfresser.

Isolierte und blanke

Kupferleitungen

kauft laufend jedes Quantum **Karl Reuter,** Halle a. S. Beesener Str. 17. Fernruf 1809.

Kraftfahrzeugführer

werden jederzeit ausgebildet in der **Automobilführerschule Gustav Engel's Söhne,** Merseburg.

Tel. 203. — Weissenfelser Strasse 7.

Dienstmädchen erhält

wer die **Unstrut-Zeitung Laucha** zur Insertion benutzt.

Platz- und Kreisvertreter

für lukrative Hausartikel gesucht. Gefl. Offerten unter U. O. 2063 an Rud. Mosse, Halle a. S., erbeten.

Lehrling

oder Lehrfräulein

für kaufmännisches Büro gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Jüngeres Fräulein

als Gehilfin für mein Lotterie-Kontor zum 1. Januar 1920 gesucht. Meldung mit selbstgeschriebenem Lebenslauf.

Hallesche Straße 25.

Einlegerin

auch Frauen und Mädchen zum Anlernen gesucht.

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt).

Zuverlässige saubere

Aufwartung

für einige Vormittagsstunden gesucht. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung.

Briefmarken-Sammlung

zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Friedrich Schultze, Bankhaus, Merseburg, gegründet 1862.

Fernsprecher 64. **Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.**

Reichsbank-Giro-Konto. **Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.**

Postscheck-Konto Leipzig 4727. **Scheck-Formulare stehen an meine Kassen zur Verfügung.**

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Balz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 268 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 27. November 1919.

Politische Rundschau

Das neue Handelskammergesetz.

Den Handelskammern ist der vorläufige Regierungsentwurf über Industrie- und Handelskammern zugegangen. In diesen Tagen finden in Berlin Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Kammern über den Entwurf statt. Der Entwurf umgrenzt im § 3 das Wahlrecht. Er unterscheidet vier Gruppen von Wahlberechtigten: 1. den Inhaber einer handelsgerichtlich eingetragenen Firma, 2. Gesellschaften und Genossenschaften, 3. auch nicht eingetragene bergbautreibende Alleineigentümer oder Pächter eines Bergwerkes, Gewerkschaften oder Gesellschaften, 4. die Besitzer von Betriebsstätten, die einem außerhalb des Bezirks unter Ziffer 3 angeführten Unternehmen gehören, auch wenn die Betriebsstätten nicht ins Register eingetragen sind, sofern es sich um einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb handelt.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind a) Reichs- und Staatsbetriebe, b) die mit einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerbe, c) die landwirtschaftlichen und Handwerksgenossenschaften. Die zu b) und c) Genannten können jedoch die Zulassung beantragen. Das Wahlrecht begründet die Pflicht des Kostenbeitrages. Zu Mitgliedern der Kammern wählbar sind deutsche Staatsangehörige, die mindestens 25 Jahre alt und wahlberechtigt sind. Zur Vornahme der Wahl werden für den Großhandel, für den Kleinhandel und für die Industrie besondere Gruppen gebildet.

Die Wahlen erfolgten durch die Wahlberechtigten in geheimer Abstimmung mit gleichem Recht. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit mittels Stimmzettels. Die Mitglieder der Kammern werden auf sechs Jahre gewählt, alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus. Die Mitglieder versehen ihre Geschäfte unentgeltlich. Den Maßstab für den Kostenanschlag bildet die staatlich veranlagte Gewerbesteuer. Die Beamten der Kammern sind unmittelbare Staatsbeamte und werden vereidigt. In der Geschäftsordnung ist die Errichtung eines Kleinhandelsausschusses vorzusehen. Die Kammer kann einen besonderen Ausschuß der Konsumvereine wählen. Börsen und andere für den Handelsverkehr bestehende öffentliche Anstalten können unter die Aufsicht der Kammer gestellt werden. Auf Antrag des Ministers kann eine Kammer durch Beschluß des Staatsministeriums aufgelöst werden. Die Kammern bilden einen Landesausschuß der preußischen Industrie- und Handelskammern Berlin.

Zur Beamten-Besoldungsreform.

In letzter Zeit sind wieder Gerüchte über die künftige Gestaltung der Beamtenbesoldung verbreitet worden. Danach sollen die Pensionsberechtigung, die Hinterbliebenenversorgung, der Wohnungsgeldzuschuß und das Steuerprivileg künftig wegfallen. Da eine derartige Entrechtung der Beamten dem sozialdemokratischen Programm und auch Aeußerungen von Regierungsvertretern in der ersten Zeit nach der Revolution entsprechen, konnten die Gerüchte leicht Glauben finden und eine erklärliche große Aufregung in der Beamtenschaft hervorrufen. Das hat den deutschnationalen Abg. Deglerk zu einer Anfrage an das Reichsfinanzministerium veranlaßt. Und es ist ihm von dort die Mitteilung zugegangen, daß irgend welche Sätze für die künftige Besoldungsordnung noch nicht feststehen und an eine Beseitigung der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung der Beamten nicht im entferntesten gedacht werde, daß der Wohnungsgeldzuschuß voraussichtlich einer neuen Regelung zugunsten der Beamten unterzogen werde und daß über die Beseitigung des Steuerprivilegs die Entscheidung noch ausstehe; das Reichsfinanzministerium fördere die Arbeiten für die Besoldungsordnung in jeder Weise und hoffe, dem Kabinett noch im Laufe dieses Winters eine Vorlage unterbreiten zu können. Danach hätte also die sozialistisch-demokratische Regierung, da sie ja das Beamtentum des alten Systems nicht entbehren kann, die grundsätzliche sozialdemokratische Stellung den Beamten gegenüber aufgegeben. Zusagen der jetzigen Regierung sind allerdings mit Vorsicht aufzunehmen; aber sie wird, ob gern oder ungern, wohl die Rechte der Beamten achten müssen. Daher lassen sie sich durch die obigen Gerüchte nicht beunruhigen lassen. Es wäre aber nützlich, zu ermitteln, welche Stellen ein Interesse daran haben, durch Verbreitung solcher Gerüchte Beunruhigung in die Beamtenschaft zu tragen.

Gegen den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Regelung von Reichsschulfragen.

Der Vorsitzende des Vertretertages der preußischen Philologen-Vereine veröffentlicht eine Protestkundgebung, in der es u. a. heißt: Die Vorkonferenz zur Reichsschulkonferenz hat einen Ausschuß von 34 Mitgliedern eingesetzt, der u. a. ein Reichsvolksschulgesetz auszuarbeiten habe, das im Januar der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Dieses Gesetz wird eine Reihe der wichtigsten Fragen, deren Erledigung die Hauptaufgabe der Reichsschulkonferenz bleiben müßte (z. B. Dauer der Grundschule, Errichtung von Bekenntnisschulen, Lehrerbildungswesen), unter Ausschaltung dieser Konferenz schon im voraus regeln. Da zu den Arbeiten dieses Ausschusses außer den Vertretern der Regierungen nur Vertreter der drei größten Gemeindeverbände hinzugezogen sind, so sind alle anderen interessierten Kreise, insbesondere die Lehrer aller Schulen, von der Mitarbeit ausgeschlossen. Diese Behandlung entspricht in keiner Weise den von den Regierungen selbst verkündeten demokratischen Grundsätzen. Die preußische Philologenschaft fordert, daß bei allen Beratungen, die nicht ausschließlich die organisatorische Vorbereitung der Reichsschulkonferenz betreffen, den beteiligten Kreisen eine entscheidende Mitwirkung eingeräumt werde.

Die Uebernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen

auf das Reich wird vom 1. April 1920 ab erfolgen. — In Jena hat eine Konferenz der Verkehrsverwaltungen der Einzelstaaten begonnen, die sich mit der Frage der Uebernahme der Wasserstraßen aufs Reich befaßt.

Der Fall Leonhard.

Im Staatshaushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung wurde am Montag der Stealiger Fall eingehend erörtert. Von mehreren Seiten wurde betont, daß Direktor Leonhard vom Goethe-Gymnasium im guten Glauben gehandelt habe. Kultusminister Haenisch erklärte, er beabsichtige durchaus keine Politik der harten Faust zu führen. Ueber den Fall Leonhard werde im geordneten Disziplinarverfahren entschieden werden.

Ein Hoffnungsschimmer.

Kürzlich besuchte der Präsident der Kohlenkommission für Zentraleuropa, Oberst Nutt, den Kreis Ramslau, um sich persönlich von dem nationalen Charakter der abzutretenden Kreisteile zu unterrichten. Nach den von dem Obersten bei dieser Gelegenheit geäußerten Auffassungen steht zu hoffen, daß eine Aenderung der Grenzfestsetzungen der Kreise Ramslau und Groß-Wartenberg auf Grund der in den maßgebenden Ententestellen mehr und mehr Platz greifenden Ueberzeugung von dem durchweg deutschen Charakter der genannten Kreise möglich und wahrscheinlich ist.

Eine Abrüstungsironie.

Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Ausschuß für militärische Angelegenheiten hat die Friedensstärke des amerikanischen Heeres auf 300 000 Mann festgesetzt. Auf Anregung von General March hatte Kriegsminister Baker seinerzeit im Kongreß ein stehendes Heer von 580 000 Mann verlangt. Eine so große Truppenzahl erübrigt sich nun, da Amerika keine Mandatur vom Völkerbund annehmen will. Immerhin ist das neue amerikanische Heer doch zweimal so groß wie vor Kriegsausbruch.

Die Grundrente.

* Man schreibt uns aus bodenreformerischen Kreisen: Ist die Grundrente der Kapitalertrag des Bodens und darf sie an die Allgemeinheit überführt werden? In jeder produktiven Tätigkeit gehören drei Faktoren: Arbeit, Kapital und Boden. „Arbeit" ist Summe aller körperlichen und geistigen Tätigkeit, die auf die Hervorbringung von Gütern gerichtet ist. „Kapital" ist das Mittel zur Produktion: Wohn- und Werkstätten, Vorräte, Werkzeuge, Maschinen, Verbesserungen am Boden usw. „Boden" ist die Summe aller natürlichen Stoffe und Kräfte, also auch Wasser und Luft. Der Boden ist durch menschliche Arbeit weder vermehrbar noch zerstörbar. „Boden" ist die unentbehrliche Voraussetzung und Vorbedingung aller Lebenstätigkeit. Erst auf ihm können sich Arbeit und Kapital betätigen. Die Arbeit erhält ihren „Lohn", das Kapital seinen „Zins". Für die Erlaubnis, den Boden zu benutzen, wird die „Grundrente" entrichtet. Also dem Arbeiter den Lohn, dem Kapitalgeber den Zins. Wem die Grundrente? Dem, der die Schaft, Arbeit und Kapital (d. h. Verbesserung) die in den Boden gesteckt werden, erschienen in seinem Werte. Der dafür aufgewendete Betrag ist vom Werte abzuziehen, denn er steht dem, der an dem Boden arbeitet und ihn verbessert, zu. Was nun übrig bleibt, ist die „Grundrente". Sie ist mithin gar kein Kapitalertrag, denn dieser ist ja bei Feststellung der Grundrente schon weggenommen worden. Wer schafft die Grundrente? Der nackte Wert des spärlichen Sandbodens, auf dem Berlin steht — eine Gebietmeile — wird auf 6 Milliarden Mark geschätzt. Das sind bei 4 Proz. Grundrente jährlich 240 Millionen oder täglich 800 000 Mk. Diesen Betrag müssen die Bewohner von Berlin erst aufbringen, ehe der Zins für die Instandhaltung der Gebäude, Maschinen usw. und der Lohn für jede Arbeit verteilt werden kann. Wer erhält diese 240 000 000 Mk.? Die Aktionäre der Hypothekenbanken und Terrangesellschaften. Wer schafft den Wert dieser Sandmeile Berlin? Auch die genannten Aktionäre? Nein! Die Gesamtheit der Kopf- und Handarbeiter schafft ihn. Sogen alle Schaffenden von Berlin weg, dann hätte der Boden nur kümmerlichen landwirtschaftlichen Ertragswert. Die Grundrente am Bodenboden ist also das Erzeugnis der Zusammenarbeit aller. Mithin gehört sie auch allen. Es wird niemandem etwas genommen, denn auf den Wert, den andere schaffen, hat auch der zufällige Bodeninhaber kein Recht.

Deutsche Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen zunächst

Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Tusche (D. Vpt.) wird regierungsseitig geantwortet, daß die am 1. Oktober verschärfte Sperre für Brennholzversand am 14. Oktober aufgehoben worden sei.

Abg. Frau Dr. Schirmacher (Dn.) fragt an, ob in Städten der Ostmark, die deutsch bleiben, die deutschen Beamten herausgezogen würden. Regierungsseitig wird erwidert, daß nichts dergleichen geschehen sei. Ein Grund zur Beunruhigung der Reichs- oder preußischen Beamten liege nicht vor.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern. Abg. Dr. Bershofen (Dem.) begründet den Entwurf und beantragt Ueberweisung an den Ausschuß für Volkswirtschaft. Nachdem sich sämtliche Fraktionen dazu bereit erklärt haben, wird dem Antrag gemäß beschlossen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Aenderung des Gesetzes vom 1. Dezember 1915 und der Verordnung vom 21. September 1915.

Belagerungszustand

betreffend. Minister Schiffer begründet den Entwurf. Die Milderungen, die für den Reichsbelagerungszustand eingeführt sind, sollen nun auch für den Belagerungszustand aus der Landesgesetzgebung gelten.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) beantragt, daß das für Geldstrafen aus dem Belagerungszustand zugelassene Maximum von 1500 auf 15 000 Mk. erhöht werde. Redner kommt dann auf die ungesetzliche Handhabung des Belagerungszustandes zu sprechen. Vielleicht sei auch in Bitterfeld wieder gegen das Gesetz gehandelt worden.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Meine Partei wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Im Dunkel.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

10)

„Eine ganz plausible Erklärung — in der Tat! Sie wollten also auf meine Dienste verzichten, weil sie Ihnen bei solcher Sachlage als ganz und gar überflüssig erscheinen mußten?"

„Oh, nicht eigentlich deshalb. Aber ich hielt es für eine unverantwortliche Grausamkeit, Hoffnungen zu wecken und zu nähren, die doch niemals in Erfüllung gehen können. Je eher sich Miß Brüning mit der Gewißheit abfindet, daß sie ihren Bruder niemals lebend wiedersehen wird, desto eher wird es ihr auch gelingen, die Ruhe des Gemütes wiederzufinden, deren sie dringend bedarf, wenn sie sich nicht vollständig aufreiben soll. Als sie zu uns ins Zimmer trat, um uns Ihren Besuch zu melden, erkannte ich sofort, daß sie große Erwartungen an Ihr Eingreifen knüpft, und ich fürchte, daß sie sich nunmehr in einem andauernden Zustande unnatürlich gesteigerter Spannung befinden wird, der ihrer zarten Konstitution nur zu leicht verhängnisvoll werden kann."

„Sie wünschen also, daß ich noch jetzt von der freiwillig übernommenen Aufgabe zurücktrete und Fräulein Brüning eine entsprechende Mitteilung mache?"

Aus den dunklen Augen des Italieners flog ein schneller, lauernder Blick zu ihm hinüber. Dann aber schüttelte Herr Dalbelli verneinend den Kopf.

„Nachdem Sie einmal eine bestimmte Zusage gemacht haben, möchte ich Ihnen das nicht zumuten," sagte er liebenswürdig. „Ich kann mir ja sehr wohl vorstellen, wieviel Ihnen daran gelegen ist, der jungen Dame in einem möglichst günstigen Lichte zu erscheinen."

„Darf ich fragen, was Sie auf diese Vermutung gebracht hat?"

Der Gefragte lächelte, aber man hätte wahrlich nicht behaupten können, daß sein Gesicht durch dies Lächeln angenehmer und sympathischer geworden wäre.

„Nun, dazu bedurfte es wohl keines übergroßen Scharfsinns. Wir hörten vorhin von Miß Brüning, daß Sie ihr Reisegefährte auf der „Holsatia" gewesen sind. Und man weiß ja, daß sich zarte Herzensbeziehungen nirgends leichter anspinnen, als auf dem engen Raum eines Schiffes. Wenn man obendrein das seltene Glück hat, eine so schöne und so bezaubernd liebenswürdige Fahrtgenossin zu finden, wie es Miß Brüning ist — —"

Weiter ließ Hubert ihn nicht reden.

„Gestatten Sie mir zu bemerken, Herr Dalbelli, daß Sie sich mit Ihren Vermutungen auf einem ganz falschen Wege befinden," sagte er kalt. „Mein Interesse an dem vorliegenden Fall ist ein rein berufliches und hat mit der Person des Fräulein Brüning nicht das mindeste zu schaffen."

„Ah, in der Tat?" fragte der Italiener mit wirklicher oder gut gespielter Ueberraschung. „Dann bitte ich natürlich um Verzeihung, obwohl ja am Ende in meiner Annahme nichts Kränkendes für Sie sein konnte. Und ich möchte trotzdem nicht, daß Sie Miß Brüning in aller Form Ihren Beistand aufkündigen. Sie würde sich dadurch verletzt fühlen, und wir müssen in ihrer gegenwärtigen traurigen Lage alle neuen Aufregungen und Unannehmlichkeiten nach Kräften von ihr fernzuhalten suchen."

„Wenn ich Sie recht verstehe, sollte ich also meine Bemühungen gewissermaßen zum Schein eine Weile fortsetzen, um schließlich zu erklären, daß auch ich keine Hoffnung mehr auf ein günstiges Ergebnis hegte?"

„So ungefähr habe ich mir Ihre Tätigkeit allerdings gedacht. Würden Sie damit einverstanden sein, Herr von Lexow?"

Der Detektiv schien ein paar Sekunden lang unentschlossen, dann kehrte er seinem Begleiter ein ruhiges und völlig undurchdringliches Antlitz zu.

„Was Sie da von mir erwarten, ist eigentlich gegen meine Berufsehre; aber die besonderen Umstände könnten es vielleicht rechtfertigen. Ich weiß nur nicht recht, wie ich es anfangen soll, den Damen gegenüber den Anschein einer Tätigkeit zu erwecken, die ich in Wirklichkeit gar nicht ausübe."

„Oh, dazu wird Ihre Klugheit schon Rat schaffen. Und ich werde gern das meinige tun, Ihren Eifer vor Mrs. Longwood und Miß Brüning in die hellste Beleuchtung zu rücken. Ich kann doch wohl erwarten, daß Sie bei allem, was Sie tun, immer im Einvernehmen mit mir handeln werden?"

„Gewiß! Vorausgesetzt, daß ich Sie nunmehr auch formell als meinen Auftraggeber ansehen darf."

Ein Aufzucken in dem Gesicht des Italieners verriet, daß er den versteckten Sinn dieses Vorbehalts beurteilen zu haben glaubte. Mit einer Freundlichkeit, die in ihrer übertriebenen Süße etwas beinahe Widerwärtiges hatte, erwiderte er:

„Das ist nach unserer offenen Aussprache doch wohl ganz selbstverständlich, Herr von Lexow! Uebrigens — da wir uns schon in unmittelbarer Nähe meines Hotels befinden — darf ich Sie vielleicht bitten, mich für einen Augenblick in das Schreibzimmer zu begleiten, damit wir auch die geschäftliche Seite der Sache gleich ins reine bringen können."

Hubert widersprach nicht, und es schien ihm mit seiner letzten Bemerkung also in der Tat nur um dies „Geschäftliche" zu tun gewesen zu sein. Gelassen sah er zu, wie Dalbelli in dem Schreibzimmer des sehr vornehmen und teuren Hotels sein Scheckbuch aus der Tasche zog, und sich anschickte, eines der Formulare auszufüllen.

„Wollen Sie die Güte haben, Herr von Lexow, mir die Summe zu nennen, die Sie als Vorschuß auf das Honorar für Ihre Bemühungen zu erhalten wünschen?"

„Das will ich ganz Ihrem Ermessen anheimgeben. Aber ich möchte allerdings bitten, den Betrag nicht zu niedrig zu fixieren. Die Damen werden doch wohl gewisse handgreifliche Beweise meiner Tätigkeit sehen wollen, und ich werde es mich etwas kosten lassen müssen, diese scheinbaren Beweise zu beschaffen."

Wie neu erwachendes Mißtrauen glimmte es in Ettore Dalbellis Augen auf. Und noch immer zauderte er zu schreiben.

„Was für Beweise sind es denn, an die Sie dabei denken?"

„Das kann ich im Augenblick natürlich noch nicht sagen. Es ist das erste Mal, daß ich eine mir übertragene Aufgabe von dieser Seite anfasse und mich dafür honorieren lasse, daß ich nichts tue. Wenn ich dabei nicht vor meinem eigenen Gewissen geradezu als ein Betrüger dastehen will, muß ich wenigstens einigen Scharfsinn aufbieten dürfen, um dies Nichtstun hinter dem Schein einer fieberhaften Geschäftigkeit zu verbergen. Ich habe noch keinen bestimmten Plan; aber ich hoffe, mir gleichzeitig Ihren vollen Beifall und die Anerkennung der Damen zu erwerben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0005

Das Gesetz wird mit dem Antrag Cohn angenommen und in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken.

Minister Schiffer: Das Gesetz will dem Gefallenen Gelegenheit geben, sich wieder aufzurichten, und verhüten, daß ihm die Strafe als eine Kette anhänge, die er sein Lebenlang mit sich herumschleppt.

Abg. Dr. Taucher (Ztr.) steht mit seiner Partei der Tendenz des Entwurfes sympathisch gegenüber, wünscht aber doch Verweisung an einen Ausschuß von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) stimmt dem zu. Es könnte zweifelhaft sein, ob es bei der gesteigerten Kriminalität der jetzigen Zeit gerade heute am Platze sei, mit einem solchen Entwurf vorzugehen.

Abg. Brodauf (Dem.) und Abg. Warmuth (Dn.) stellen sich auf den Boden des Entwurfes.

Minister Schiffer stellt infolge einer Anregung des letzten Vorredners fest, daß Anweisungen an die Richter wiederholt und auch mit gutem Erfolge dahin ergangen seien, Fragen an Beklagte und Zeugen wegen Vorstrafen in taktvoller Weise nur dann und so weit zu stellen, als dies von der Sache gefordert würde.

Abg. Landsberg (Soz.): Gerade die jetzige Zeit sei besonders geeignet zur Einführung eines solchen Gesetzes.

Der Entwurf geht an einen Ausschuß von 14 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Mittwoch: Interpellationen; Initiativanträge.

Ein Sozialdemokrat gegen die Marxsche Mehrwerttheorie.

In der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke“ (Nr. 32 vom 8. November) wendet sich Dr. Erich Troß gegen die Mehrwerttheorie von Karl Marx, d. h. gegen die von der Sozialdemokratie als Dogma ausgegebene Lehre, der Arbeiter werde vom Unternehmer um einen in Betracht zu ziehenden Mehrwert seiner Arbeit geprellt. Dr. Troß ist der Ansicht, daß diese Mehrwerttheorie recht hatte — „zu seiner Zeit“. Er sagt: „Damals hätte eine Veringerung des Unternehmeranteils am Gewinn die Hebung der Lebenshaltung der ungeeinigten und ausgesaugten Arbeiterklasse herbeigeführt.“ Heute aber könne mit Leichtigkeit festgestellt werden, „welch lächerlich kleiner Anteil heute nach Vergrößerung der Betriebe und Steigung der Löhne bei einer Uebertragung des Mehrwertes auf den einzelnen Arbeiter entfallen würde, ein Anteil und eine Lohnsteigerung, die gegenüber den Lohnerhöhungen, die heute in Berücksichtigung der hohen Lebenskosten auf Kosten der Verbraucher bewilligt werden, kaum in Betracht kommt.“ Dabei werde der Unternehmergewinn „zu einem großen Teil gar nicht konsumiert, sondern zur Vergrößerung des Betriebskapitals und damit zur Erstarkung des produktiven Nationalvermögens verwendet.“

Dr. Troß bezeichnet deshalb die Mehrwerttheorie als „ganz einfach falsch“, als nicht haltbar. Er spricht von einer „kompromittierenden“ Theorie, von einer Legende, und bekennt aus „wissenschaftlicher Ehrlichkeit“:

„Es ist meines Erachtens die größte Tragik des deutschen Sozialismus, daß zurzeit, wo er äußerlich in gewissem Maße zur Herrschaft gelangt ist, seine gedankliche Fundierung dringend der Erneuerung bedarf, daß er kein in jeder Hinsicht festgegründetes Haus besitzt, in das er das deutsche Volk mit gutem Gewissen einladen kann.“

Nach Ansicht von Dr. Troß sprechen viele Gründe „für Ehrlichkeit gerade in dieser Frage“:

„Solange die Sozialdemokratie die Mehrwerttheorie zu einem ihrer Dogmen macht, fällt es ehrlichen, volkswirtschaftlich vorgebildeten Intellektuellen sehr schwer, zu ihr zu halten.“

Zum Beweis, wie unehrlich in dieser Frage gekämpft wird, führt Dr. Troß an:

Wenn man in die erregte Arbeiterschaft hineinhört, kann man die schönsten Ausdeutungen der Lehre hören: 30 v. H. des erarbeiteten Gewinns beträgt der Mehrwert; um 30 v. H. würden (!!) alle Löhne steigen, wenn die Ausbeutung beendet wäre.

Wer stellt solchen Irrtum richtig? Dr. Troß macht es der Mehrheits-Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie in dieser Frage versagt, und er führt ihr zu Gemüte, daß, weil sie auch nach Ansicht der an die Mehrwerttheorie glaubenden Arbeiter versagt, d. h. nicht für die Beseitigung des angeblichen Ausbeutergewinns sorgt, die Arbeiter sich nach links wenden. Dr. Troß sagt:

„Die Mehrheitspartei verkündet heute offiziell eine (unrichtige) Lehre, um mit ihr sich nicht selbst zu nützen, sondern ihre Anhänger in das Lager ihrer Feinde von links zu treiben. Und niemand wagt es, die Wahrheit zu sagen, daß Marx einst recht gehabt hat, daß aber heute die Dinge anders liegen.“

Zum Schluß ermahnt Dr. Troß die Führer der Mehrheits-Sozialdemokratie, der Arbeiterschaft „endlich“ die Augen zu öffnen und das „Mehrwertsmißtrauen“ zwischen Arbeiter und Unternehmer zu beseitigen, „die sich bei der furchtbaren Lage Deutschlands doch wieder verständigen müssen“.

Aus Stadt und Umgebung

Konzert im Schloßgartensalon.

Am Dienstag fand ein Musikabend für Gesang, Klavier und Cello im Schloßgartensalon statt, der bei allen Zuhörern einen vortrefflichen Eindruck hinterlassen haben dürfte. Frl. Margarete Sauer von hier erwies sich als eine tüchtige Klavierspielerin von sauberer Technik, trefflichem Anschlag und sicherem Geschmack. Fräulein Gertrud Bartsch vom Stadttheater Leipzig trug mit schöner Tonbildung, ausgezeichnet geschultem vollem Sopran Lieder von Schumann und Brahms und die Arie der Käthe aus Götz' Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ vor. Die letztere gelang ihr am wenigsten vollkommen. Als erstes Vortragsstück schien sie der Künstlerin zur Ueberwindung einer kleinen stimmlichen Indisposition zu dienen. Im weiteren Verlauf steigerte sich Ton und Lebendigkeit des Vortrags zu beachtlicher Höhe. Schumanns Lieder „Der Nußbaum“ und „An den Sonnenschein“ sowie die Brahmsschen „Von ewiger Liebe“ und „Feinsliebchen“ erreichten eine hohe Vollendung künstlerischer und stimmlicher Wiedergabe. Zum Schluß mußte die Sängerin, die stürmischen Beifall erntete, noch ein Lied zugeben, wozu sie die wuchtige „Schmiede“ wählte. In Herrn Max Wünsche-Leipzig lernten wir einen ausgezeichneten Cellisten kennen, der sein schönes Instrument mit ebensoviel technischer Vollendung wie Temperament und Empfindung handhabte. Beethovens Sonate A-dur für Cello und Klavier kam mit Frl. Sauer am Flügel zu prächtiger Wirkung. Hervorragend schön in Stimmung und Vortrag klang Borgiels Adagio, auch die Widmung von Popper gelang vortrefflich und „Am Springbrunnen“ von Davidoff bewies die virtuose Technik des ausgezeichneten Cellisten, der sich außerdem am Flügel als feinsinniger und trefflich geschulter Pianist in der Begleitung von Frl. Bartsch erwies. Erwähnt werden mag der große und edle Ton seines schönen Cellos. Ueber Frl. Sauers schon eingangs gewürdigte Leistung am Flügel sei noch erwähnt, daß ihr Schumanns Fantasiestücke (namentlich „Grillen“) nicht minder gut gelangen, wie das mächtige Scherzo d'Alberts mit seiner interessanten Harmonik, das an die Kraft und die technische Sicherheit der Künstlerin gleich hohe Ansprüche stellte. Auch Chopins Polonaise As-dur kam voll zu ihrem Recht. Wir können der jungen Künstlerin, deren Auftreten von ebensoviel fleißigem Streben wie musikalischer Begabung zeugte, nur aufrichtig Glück wünschen. Reicher Beifall lohnte sämtliche Mitwirkende, und wir hätten nur gewünscht, daß ihnen ein zahlreicherer Besuch ihre Mühe in höherem Maße gelohnt hätte. Verdient wäre es reichlich gewesen.

Tivoli-Theater: „Der Biberpelz“.

Gerhard Hauptmanns Diebskomödie „Der Biberpelz“ erheiterte gestern abend im Tivoli-Theater ein für hiesige Verhältnisse zahlreiches Publikum aufs herzhafteste. Man muß immer wieder bedauern, daß der Dichter, von dem diese köstliche Komödie einst so viel für die dramatische Satire und das heitere Charakterstück erhoffen ließ, in seiner späteren Entwicklung sich auf dieser Höhe nicht zu halten vermochte. Das Stück ist mit seinen frisch aus dem Leben gegriffenen Gestalten ein echter Hauptmann im besten Sinne. Noch immer wirken seine „alte ehrliche“ Wolffen, dieser beinahe sympathische Typ der diebischen Heuchlerin aus urwüchsiger Veranlagung, und sein Amtsvorsteher Wehrhahn als packend gemeisterte Abbilder zwar unerfreulicher, aber von der Warte fröhlichen Humors betrachteter Wirklichkeit. Die Begebnisse sind freilich ohne rechte Wandlung und Entwicklung, und der Humor ist von etwas kurzem Atem; er leuchtet nur in köstlich satirischen Einfällen auf, weiß aber die willkürlich abgebrochene Komödie nicht zu einem Schluß zu bringen, der den Konflikt löst. Er verlöscht in verzerrendem Zynismus, der zu sagen scheint, daß sittliche Verwirrung und Verwilderung triumphieren. So verläßt man das Theater am Ende ohne eigentliche Befriedigung.

Recht befriedigende Eindrücke hinterließ jedoch im allgemeinen die gestrige Aufführung auf unserer Bühne. Erwin Schoengarts Regie hatte die Interieurs so echt, das Spiel so lebendig gestaltet, daß dem Zuschauer die Armut der Handlung fast gar nicht zum Bewußtsein kam. Wie Helene Peter-Pauli ihre verschlagen-gierige, gemütvoll-heuchlerische Wolffen waschecht zeichnete, das war ersten Ranges und trug ihr lebhaftesten Beifall ein. Mit Erwin Schoengarts Wehrhahn können wir uns weniger einverstanden erklären. Dem borniert-tyrannischen Amtsvorsteher fehlte in seiner Gestaltung das kühne, satirische Draufgängertum. Er karrikierte zu viel, wirkte zu unruhig und ließ das herrische Wesen zu wenig in den Vordergrund treten. Der kleine cholerische Spießer Krüger Erwin Biegels, der täppische Wolff Hermann de Vals, der Dr. Fleischer Artur Dechants waren treffsicher charakterisierte Gestalten, während Curt Walter der Bosheit und Hinterlist des gefährlichen Motes manches schuldig blieb. Bruno Adam als Amtsschreiber Glasenapp, Carl Koschey als Schiffer Wulkow und Willi Herre als Amtsdiener Glasenapp trafen recht gut die entscheidenden Züge ihrer Rollen und Elsa Malter war als Adelheid sehr gut in ihrer frühreifen Gerissenheit und Ungezogenheit. Die gelungene Aufführung fand bei den Zuschauern wärmste Anerkennung, die sich in lebhaftem Beifall bekundete. Ltz.

Technische Nothilfe.

Grundsätze:

1. **Die Verwendung der Technischen Nothilfe beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe durch Notstandsarbeiten.**
   Lebenswichtige Betriebe sind z. B. Gas, **Wasser, Elektrizität, Eisenbahn, Post,** Telegraphie, **Berg-, Hüttenwesen, Landwirtschaft.**
   Es wird keine produktive, sondern nur Erhaltungsarbeit geleistet.
2. **Die Technische Nothilfe will alle Bevölkerungskreise, besonders die Arbeiterschaft heranziehen.**
3. **Die Mitglieder der Technischen Nothilfe sind auf strengste Arbeitsdisziplin verpflichtet.**
4. **Führer in den Verbänden können nur Fachleute werden. Diese brauchen nicht Heeresangehörige gewesen zu sein.**
5. **Mit allen Mitteln wird darauf hingearbeitet, die Arbeiten der Technischen Nothilfe von den** örtlichen **Verbänden allein, unter möglichster Einschränkung der Inanspruchnahme auswärtiger Hilfe, erfüllen zu lassen.**

Unterstützungsgesuche von Kriegshinterbliebenen.

* In der letzten Zeit gehen beim Provinzialausschuß Sachsen der Nationalstiftung in Magdeburg wieder zahlreiche Unterstützungsgesuche ein, die nicht von der Amtlichen Fürsorgestelle des Kreises Merseburg geprüft und nicht auf den vorgeschriebenen Vordrucken eingereicht sind. Da die Anträge stets der betreffenden Fürsorgestelle zur Begutachtung und Herbeiziehung der Unterlagen nochmals übersandt werden müssen, wird durch die unmittelbare Einreichung der Eingaben an den Provinzialausschuß der Geschäftsgang ungemein erschwert und es geht viel Zeit verloren. Es muß darauf hingewiesen werden, daß allein die amtliche Fürsorgestelle des Kreises Merseburg für die Prüfung der Gesuche in Frage kommt. — Alle Gesuche sind daher an das Kriegsfürsorgeamt des Kreises Merseburg, Abt. II, (Kriegshinterbliebenenfürsorge) Merseburg, Kleine Ritterstraße Nr. 15 zu richten. (Sprechstunden von 8 bis 12 Uhr vormittags. Fernsprechnummer: Merseburg 102.)

Die Musikkorps der Reichswehr.

* Ueber die Musikkorps der Reichswehr hat der Reichswehrminister jetzt Bestimmungen getroffen. Für die vorläufige Reichswehr, die 200 000-Armee, sind 103 Musikkorps vorgesehen. Sie sind auch für die Regimenter bestimmt, die bis drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages besonders aufgestellt sind. Für die Kapellen sind ebensoviel Musikmeister bestimmt, 43 für je ein Infanterie-Regiment, 15 für jedes Pionier-Bataillon, 17 für Kavallerie-Regimenter, 14 für die leichten Artillerie-Regimenter und 14 für die Brigade-Nachrichten-Abteilungen. Die Ausstattung mit Dienstinstrumenten, Noten, Notenschränken usw. veranlassen die Abwicklungsämter der früheren Armeekorps aus den Beständen der aufgelösten Regimenter und Bataillone. Die Instrumentenbesetzung der Kavallerie-Regimenter ändert sich insofern, als von den hinzutretenden Instrumenten die dritte Trompete in Es fortfällt, dafür 1 Paar Pauken hinzukommen. Alle nicht planmäßigen Musikabteilungen sind aufzulösen. Die Besetzung der Musikmeisterstellen bei den bayerischen, sächsischen und württembergischen Reichswehrformationen veranlassen die Abwicklungsämter der früheren Kriegsministerien.

Hochwasser.

* Der Wasserstand der Saale der am Montag eine Kleinigkeit gefallen war, ist seitdem wieder erheblich gestiegen. Heute fließt die Saale ziemlich vollufrig, an einzelnen flachen Stellen ist sie bereits über die Ufer getreten.

Neues Reichs-Kleingeld.

* Um den Umlauf ds Notgeldes der Städte zu beseitigen, sind vom Staate größere Prägungen von 50-, 10 und 5-Pfennigstücken in die Wege geleitet worden. Es werden 50 Millionen Mark in Fünfzigpfennigstücken aus Aluminium, 10 Millionen in Zehnpfennigstücken aus Zink und 3 Millionen Mark in Fünfpfennigstücken aus Eisen ausgeprägt. Ferner ist die weitere Prägung von 7 Millionen Mark in Fünfpfennigstücken und die Herstellung von weiteren Zehnpfennigstücken angeordnet.

Polizeioberwachtmeister mittlere Beamte.

* Wie den Gendarmen, so hat die Regierung jetzt auch den Oberpolizeiwachtmeistern den Rang der mittleren Beamten verliehen. Mit einer Gehaltserhöhung ist dieser Uebergang nicht verbunden.

Regelung der Abdeckereifrage.

* Auf wiederholte Eingaben der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in der Regelung der Abdeckereifrage ist nunmehr seitens des Landwirtschaftsministers ein Erlaß an sämtliche Regierungspräsidenten ergangen, wonach in Kürze eine Nachprüfung der zwischen den Abdeckern und den Kreisen bezw. Amtsbezirken und Gemeinden bestehenden Gebührentarife erfolgen wird. Sache an der Neuregelung seitens der Kreise beteiligten Personen ist es nun, die Interessen der Viehbesitzer in gebührender Weise wahrzunehmen und die Verträge so zu gestalten, daß auch die Viehhalter in gerechter Weise an der hohen Verwertungsmöglichkeit der Vierkadaver teilnehmen können.

Die furchtbare Teuerung

hat ihren Hauptgrund in dem schlechten Stand unserer Valuta. Dieser wird hervorgerufen durch das Mißtrauen, das man in aller Welt gegen die deutsche Geldwirtschaft hegt. Die handgreiflichste, traurigste Ursache dafür ist der ins Ungeheuerliche angeschwollene Papiergeldumlauf. Seine Herabminderung muß deshalb vornehmste Sorge für alle sein, denn alle können dabei mithelfen. Verringerter Notenumlauf bedeutet gesteigertes Vertrauen des Auslandes, Besserbewertung unserer Mark, Fallen der fremden Devisen, Sinken aller Preise. Das Ziel ist wahrlich erstrebenswert für jeden und das Heilmittel so einfach. Es heißt: Verzicht auf jede unnötige Barzahlung, Anlegung eines Kontos bei der Bank, Sparkasse oder Postscheckkonto, ausgiebigste Benutzung von Ueberweisung, Umschreibung und Scheck, kurzum — bargeldloser Zahlungsverkehr.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Seltene Beute.

** Burgliebenau, 25. Nov. Bei dem letzten Schneefall gelang es Forstbeamten, durch aufgefundene Fährten die Aufenthaltsorte zweier Steinmarder in den hiesigen Waldwegen festzustellen. Nur mit vieler Mühe konnten die gefährlichen Räuber, die unter dem Wild hier erheblichen Schaden angerichtet hatten, aus ihren Verstecken in hohlen Bäumen aufgescheucht und durch wohlgezielte Schüsse unschädlich gemacht werden.

Wildgänse.

** Lochau, 25. Nov. In den letzten Tagen wurden hier mehrfach Schneegänse in größeren und kleineren Scharen beobachtet. Die Flugrichtung der Tiere, die zusammen wohl über 100 Stück zählten, war von Norden nach Süden gerichtet und die Flughöhe kaum 30 Meter hoch.

In hilflosem Zustande aufgefunden.

** Döllnitz (Saalkr.), 25. Nov. Auf der Straße nach Lochau wurde Anfang der Woche ein junges Mädchen aufgefunden, das jedenfalls durch die Schneeverwehungen ermattet zusammengesunken war. Ein Landwirt aus Wesenitz brachte die Bedauernswerte nach seiner Wohnung, wo sie sich nach einiger Zeit wieder erholte und von den benachrichtigen Angehörigen in Raßnitz ihrer Heimat wieder zugeführt werden konnte.

Die Gasversorgungsfrage.

** Keuschberg-Dürrenberg, 23. Nov. Die Gaskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Uebernahme des Gaswerkes in eigene Bewirtschaftung. Die Verhältnisse haben sich infolge der Kohlennot usw. derartig zugespitzt, daß unbedingt Maßnahmen zur Besserung ergriffen werden müssen. Solange das Werk an die Berliner Firma verpachtet ist, kann nichts unternommen werden. Deshalb beschloß die Kommission, das Pachtverhältnis zu lösen. Den Pächtern soll mitgeteilt werden, ob sie gewillt seien im Wege der freien Vereinbarung ohne Kündigung und Entschädigung von der Pacht zurückzutreten. — Die Pächter haben den Antrag auf Erhöhung des Gaspreises von 55 bezw. 50 Pfg. pro cbm auf eine Mark bezw. 90 Pfg. gestellt, vertragsmäßig ist nur eine Erhöhung auf 65 bezw. 60 Pfg. berechtigt. Daher wurde der Antrag auf 1 Mark bezw. 90 Pfg. Erhöhung abgelehnt, ebenso die Erhöhung der Gasmessermiete. Von der Antwort des Pächters hängen weitere Entscheidungen ab.

Neuer Kartoffel-Kommissionär.

** Lützen, 25. Nov. Als Kommissionär des Kreises zum Ankauf und zur Verladung von Kartoffeln ist für den Bezirk Lützen Herr Max Kelling hier bestellt worden an Stelle des Herrn Albert Franke in Merseburg.

Volkszählungsergebnis.

** Lützen, 25. Nov. Nach der Volkszählung vom 8. Oktober d. J. hat die hiesige Stadtgemeinde 1869 männliche und 2019 weibliche, zusammen 3888 Einwohner. 1910 betrug die Einwohnerzahl 1976 männliche und 2110 weibliche, zusamm 4086 Personen.

Die Hausbesitzer und die Wohnungsnot.

** Lützen, 25. Nov. Der Haus- und Grundbesitzerverein besprach in einer Versammlung am Freitag die große Wohnungsnot. In seiner Begrüßung führte der Vorsitzende Baumeister Müller aus, daß der Verein unter allen Umständen für Abhilfe der Wohnungsnot Sorge tragen müsse. Kleinere und größere Nachbarstädte hätten bereits seit geraumer Zeit den einzig gangbaren Weg beschritten, Ein- und Zweifamilienhäuser von Baugenossenschaften zu errichten. Stadtrat Bock schlug vor, vor der Gründung einer Baugenossenschaft erst einmal das Urteil des als Autorität geltenden Direktors Haase von der Rentengutsgesellschaft Merseburg anzuhören. Hierauf führte Baumeister Kriester der Versammlung die vom Reiche ausgeworfenen und noch zu erwartenden sogenannten Baukostenzuschüsse, die kostenlos gewährt werden, und deren Berechnung vor Augen unter dem Hinweis, daß selbst kleinere Nachbargemeinden, wie Hohenmölsen, Teuchern und Schkeuditz diese staatlichen Unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0006

stützungen auszunützen verständen. Eine angeregte Aussprache schloß sich an. In einer weiteren öffentlichen Versammlung wird demnächst voraussichtlich Derektor Haase die Frage des Kleinwohnungsbaues behandeln.

Wertvolle Diebesbeute. — Absturz in den Kanalschacht.

** **Halle**, 25. Nov. Am 22. November wurde im Vorraum eines hiesigen Bankgeschäftes einem Herrn eine braunlederne Reisehandtasche, in der sich für 37000 Mk. Wertpapiere befanden, gestohlen. — Beim Kanalbau in der Freimfelderstraße stürzte ein Schachtmeister infolge eines Fehltritts in den 7 Meter tiefen Kanal. Er hat anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten.

Ueberschüsse des Stadttheaters.

** **Halle**, 23. Nov. In der Spielzeit 1917/18 hat sich bei unserem Stadttheater dank dem außerordentlich staren Besuch gegenüber dem Etatsanschlag ein Ueberschuß von 117,185 Mark ergeben und auch für die Spielzeit 1918/19 in der die Gagen ganz gewaltig erhöht wurden, ist noch ein Ueberschuß von 43,687 Mark erzielt worden. Der Magistrat schlägt vor, beide Beträge dem Grundstock für die Errichtung eines kleinen intimen städtischen Theaters zuzuweisen.

Ueberfall auf einen Kassenboten.

** **Halle**, 24. Nov. Die Polizei verhaftete hier mehrere polnische Banden, welche Diebstähle verübt und u. a. auch Treibriemen gestohlen hatten. Am hellichten Tage wurde am Freitag in der Nähe der Magdeburger Straße ein Kassenbote von 5 Räubern überfallen und seiner Handtasche mit 50 000 Mark beraubt. Bei der Verfolgung warfen die Räuber die Tasche von sich. Sie sind unerkannt entkommen.

Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins.

** **Schkeuditz**, 25. Nov. Der Landwirtschaftliche Verein hielt am Sonnabend eine gut besuchte Versammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache wies Oberinspektor Brockmann-Glesien darauf hin, daß der frühe Winter, der Mangel an Arbeitskräften und die verkürzte Arbeitszeit alle Bestrebungen der Landwirte, die Kartoffel- und Rübenernte noch einzubringen, einfach unmöglich machten. U. a. wurde mitgeteilt, daß der Verein am 10. Dezember 1837 gegründet wurde, also bald auf sein 50jähr. Bestehen zurückblicken kann. In fesselnder Weise sprach Rechtsanwalt Dr. Ronniger-Leipzig, über das Reichsnotopfer und die Prämienanleihe, während Herr Reinhardt-Beuditz sich aufgrund eigener Erfahrungen über die landwirtschaftliche Buchführung verbreitete. Der Vortragende erklärte sich bereit, den Landwirten im Laufe des Winters in Schkeuditz kostenlos Unterricht in der Buchführung zu erteilen. Vom Vorsitzenden wurde dann noch ein kurzer Bericht übre den Tarif 1920 gegeben und der Fragekasten geöffnet, dem die Frage entnommen wurde, welche Erfahrungen bisher mit Maultieren gemacht worden sind. Herr Amtmann Haase-Kleinliebenau konnte empfehlen, da, wo die Anschaffung von Gespanntieren notwendig ist, zu Maultieren zu greifen.

Spitzbuben-Fiasko.

** **Hettstedt**, 28. Nov. Zwei Ochsen zu stehlen, ist leichter, als sie zu verkaufen! Diese Erfahrung mußten drei Spitzbuben machen, die in der Nacht zum Bußtage auf dem Rittergute in Gerbstedt zwei Ochsen aus dem Stalle stahlen. Die Spitzbuben trieben die Ochsen nach Hettstedt und boten sie dem Viehhändler Freiberg an. Dieser lehnte, da ihm die Sache verdächtig vorkam, den Kauf ab. Die Spitzbuben verschwanden darauf und ließen die Ochsen im Stern stehen. Unterdessen hatte sich herausgestellt, daß die letzteren in Gerbstedt gestohlen waren; sie wurden daraufhin nach dort zurückgebracht.

Bahndiebstahl.

** **Querfurt**, 25. Nov. Aus einem verschlossenen, auf dem hiesigen Bahnhof stehenden Gitterwagen sind über Nacht zwei Sack Rohzucker gestohlen worden.

Forderungen der Magistrats-Hilfsbeamten.

** **Naumburg**, 22. Nov. Die Magistrats-Hilfsbeamten haben in einer Eingabe an den Magistrat die Zahlung der Wirtschaftsbeihilfe, wie sie den Beamten bewilligt und zum Teil schon gezahlt ist, beantragt. Sie wollen in einer öffentlichen Versammlung zu der Antwort Stellung nehmen, falls ein abschlägiger Bescheid erfolgt.

Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer.

** **Naumburg**, 25. Nov. In der Stadtverordnetensitzung wurde ein Antrag, die Gemeindeeinkommensteuer für die beiden letzten Steuertermine des laufenden Jahres von 167 Prozent auf 344 Prozent zu erhöhen, angenommen.

Aus Provinz und Reich

Leipziger Silberaufkäufer in Eschwege verhaftet.

† **Leipzig**, 24. Nov. Nach einer Meldung aus Eschwege verhaftete die dortige Polizei zwei Galizier wegen Aufkaufs von Silber. Vorgefunden wurde bei ihnen 2000 Mark Silbergeld. Die Verhafteten bezahlten 3,20 Mark für die Silbermark; sie gehören angeblich einer Leipziger Bande an, die Silber einschmilzt und in das Ausland schuggelt.

Das Befinden Max Klingers.

† **Leipzig**, 24. Nov. Im Befinden Max Klingers ist nach dem „Leipz. Tagebl." eine Verschlimmerung eingetreten. Es wurde bei ihm eine doppelseitige Lungenentzündung festgestellt.

Der „Gute Bruder" gestorben.

† **Altenburg**, 18. Nov. In Klosterlausnitz starb im Alter von 81 Jahren der Landwirt Louis Hebenstreit, der als „Guter Bruder" weithin bekannt war. Er kannte alle Altenburger Beamten, besonders die Pfarrer, an deren Konferenzen in Klosterlausnitz er regelmäßig teilnahm. Er war ein Mann von altem Schrot und Korn, voll Mutterwitz und Derbheit, der alle „duzte" und mit jedem freimütig verkehrte. Auch dem Herzog gegenüber machte er keine Ausnahme.

Zum Tode verurteilt.

† **Torgau**, 22. Nov. Das Schwurgericht hat den Dienstknecht Hermann Kirchhöfer aus Melpitz bei Torgau, der im August dieses Jahres seine Mutter und Schwester ermordet hat, zweimal zum Tode verurteilt.

Oekonomierat Schlenker †.

† **Torgau**, 25. Nov. Am Sonnabend starb hier Oekonomierat Louis Schlenker, Rittergutsbesitzer in Weßnig. Der Verstorbene war ein weit über die Grenzen der Provinz Sachsen bekannter Landwirt, der sich in der deutschen Landwirtschaft besonders durch seine in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gemeinsam mit Geheimrat Maercker unternommenen Kartoffelanbau- und Zuchtversuche sowie erfolgreichen Versuche auf dem Gebiete der Viehzucht einen Namen gemacht hat. Sein Rittergut Weßnig galt als Musterwirtschaft.

Kommunalisierte Milchversorgung.

† **Quedlinburg**, 24. Nov. Das städtische Lebensmittelamt hat jetzt die gesamte Milchversorgung in dem neugeschaffenen städtischen Milchhof mit Molkereianlage kommunalisiert und mit dieser vorbildlichen Einrichtung anerkennenswerte Erfolge erreicht, so daß die hiesige Milchversorgung trotz ungünstiger Verhältnisse durchaus befriedigt. Der Milchhof kann ohne irgendwelche städtischen Zuschüsse die pasteurisierte Vollmilch mit 68 Pfg. verkaufen, wohingegen alle übrigen Nachbarstädte für nicht molkerelmäßig behandelte Milch 72 Pfg. nehmen müssen. Für arme Familien gibt die Stadt jährlich 40 000 Mark Milchprämien aus.

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 14. Ziehungstag 22. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 60000 M 101851
2 Gewinne zu 15000 M 47620
8 Gewinne zu 5000 M 50649 58798 63666 216569
72 Gewinne zu 3000 M 1332 3376 3648 7616 19688 36669 48315 50027 52474 54826 59877 61674 69286 79749 80778 83490 90613 102720 106794 108846 115269 120193 125893 145085 147301 147934 160636 168938 172477 184215 198197 201370 206065 212324 218838 221634
138 Gewinne zu 1000 M 2022 5967 7228 12467 14040 15974 30055 32828 37545 43249 43531 60807 62194 62595 67503 67812 70967 81755 81844 84321 91527 92503 94923 96949 97391 97407 108999 121179 126869 128379 134517 140405 141009 141492 141640 149744 152028 154249 155306 156543 161760 162452 163037 164486 169266 169273 171507 172412 173282 173984 176752 178499 181293 183876 188504 190469 194914 194946 198485 198771 200746 201280 202624 206572 214708 216793 221103 226764 233547
194 Gewinne zu 500 M 3951 4622 6193 8373 9588 9993 12544 14227 15254 15376 20629 22813 25578 29016 29432 29556 32093 37676 40171 42326 43417 47323 47658 56275 56618 60776 62660 66074 71206 71466 71592 72473 73852 74690 75588 76450 80286 82962 83326 85003 85666 87510 91628 94867 95871 97635 98656 99823 99978 104972 105552 105800 107277 108475 111650 120998 121916 121079 125826 129320 130468 131958 132517 133861 134903 142259 142459 143735 144680 146762 147090 148683 151496 152419 155622 156984 163689 164318 168123 170743 180900 189981 194053 201393 203611 205471 211072 212233 215978 221510 222296 222366 222957 223518 226904 229571 233586

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 29534
10 Gewinne zu 5000 M 64682 97761 130664 172944 193826
90 Gewinne zu 3000 M 966 9605 12599 13914 15848 28816 34402 37402 44832 50762 79909 80300 90350 92818 96601 103194 106544 108065 108378 115316 115924 120623 121533 126174 127701 136881 142560 151867 151899 155470 157426 168851 169460 169603 171836 173822 185386 192215 192479 196590 209187 209963 210641 216237 217291
146 Gewinne zu 1000 M 3202 3977 8664 8842 10622 12387 14594 16009 18066 20043 20134 23712 24348 25863 26464 30063 30516 34192 37161 37234 38300 40440 43570 49315 51369 55057 55938 58775 61353 66605 74205 74777 77251 88560 95731 100713 104370 109579 111957 112868 112871 117478 126992 128505 134019 145330 146078 150855 152459 152980 158760 161509 161981 162399 164666 169399 179336 179929 180174 180593 184759 187746 190258 198831 204075 205590 205597 207460 210915 212911 227716 231379 231474
226 Gewinne zu 500 M 240 599 2192 2225 4149 4363 5094 5317 7962 8948 16913 20653 23591 24101 24557 25411 25798 26450 27902 28372 31070 34489 38818 38866 38912 43154 45174 47241 48976 49496 49641 49805 51669 54077 61401 71042 71150 71376 76569 77503 78702 79778 80050 81749 87664 93417 99174 100679 101742 102863 107478 111254 111920 114187 123987 124188 129576 129610 131741 133251 137369 139247 139376 144713 147145 154392 157448 158945 159211 160669 161531 162488 165563 167240 169186 169481 171342 173406 175430 175758 176345 177406 178717 179132 182441 182688 184307 185936 190142 190941 196453 200223 200230 205076 208781 210521 213870 215166 218709 220591 221672 223940 224419 224604 225436 225534 228123 228736 229915 230716 231045 233226 233802

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0007
DFG

Amtliche Anzeigen

für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2.40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 47. Merseburg, 27. November 1919.

825

Gemeindevorsteher- und Schöffenwahlen.

Auf noch nicht festgesetzte Zeit gewählt und von mir bestätigt sind die Nachstehenden:

Gemeinde	Gemeindevorsteher	I. Schöffe	II. Schöffe	III. Schöffe
Cröllwitz	Peter, Hermann Landwirt	Röhring, Hermann Landwirt	Pritzschke, Rudolf Landwirt	Schladebach, Otto Landwirt
Daspig	Trautmann, Otto Zimmerer	Knauth, Hermann Landwirt	Becker, Otto Schmied	Pflock, Karl Landwirt
Goddula	Fritz, Reinhold Arbeiter	Gimpel, Otto Arbeiter	Schäfer, Karl Bergmann	Lohse, Hermann Salinenarbeiter
Rahna	Wernicke, Ewald Gutsbesitzer	Schumann, Franz Landwirt	Stacke, Adolf Kassenbote	Schumann, Th. Landwirt
Wölkau	Hagemann, Alfred Gutsbesitzer	Trenschel, Ewald Landwirt	Fister, Fr. Zimmermann	Langrock, Fr. Landwirt
Zscherneddel	Keil, Emil Landwirt	Kabisch, Gustav Landwirt	Hofmann, Hugo Landwirt	Schmieder, E. Gärtner
Cursdorf	Apitzsch, Arthur Gutsbesitzer	Schaaf, Julius Gutsbesitzer	Parade, Ernst Bahnarbeiter	Apitzsch, Hugo Gutsbesitzer

Die in meiner Bekanntmachung vom 30. Oktober 1919 veröffentlichten Schöffen von Cursdorf sind unrichtig angegeben und veröffentliche ich dieselben hiermit nochmals.

Ich bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Merseburg, den 20. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

826

Polizeiverordnung
über Unterbringung von Arbeitern in Massenquartieren.

Auf Grund der §§ 6, 12, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Regierungsbezirk Merseburg mit Zustimmung des Bezirksausschusses die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

Werden mehr als 10 Arbeiter (Arbeiterinnen) in Räumen untergebracht, die nicht zur Wohnung des Arbeitgebers gehören (Arbeiterquartiere, Arbeiterkasernen, Massenquartiere, Heime für Arbeiter und Arbeiterinnen), so gelten folgende Bestimmungen:

§ 1. Die benutzten Gebäude und Räume müssen sich in baulich und gesundheitlich einwandfreiem Zustande befinden. Die Zugänge müssen leicht erreichbar und begehbar sowie derart beschaffen sein, daß sie auch bei Regenwetter gut passiert werden können.

Die Räume müssen hell und luftig sein. Die Fußböden, Wände und Decken der Räume müssen sauber gehalten sein. Wände und Decken müssen mindestens in jedem zweiten Jahre mit frischem Anstrich versehen werden —. Türen und Fenster müssen sich in gutem Zustande befinden. Sie müssen dicht schließen und sich leicht öffnen lassen.

Die Be- und Entwässerungsanlagen müssen brauchbar sein.

Treppen und Vorflure müssen so beschaffen sein, daß ihre Benutzung auch bei Feuersgefahr keinen Bedenken unterliegen.

§ 2. Die Schlafräume dürfen nicht zugleich als Koch-, Eß- und Vorratsräume benutzt werden.

Als Schlafräume dürfen nur geschlossene Räume dienen, die als solche baupolizeilich genehmigt sind. Die Schlafräume müssen für jede in ihnen untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und vier Quadratmeter Bodenfläche bieten.

Ledigen Personen müssen Räume zur Verfügung stehen, die die Trennung der Geschlechter ermöglichen. Die Räume müssen gesonderte Zugänge haben und sollen möglichst auf getrennten Vorfluren liegen, die abschließbar sein müssen.

§ 3. Die in den Räumen vorhandenen Heizgelegenheiten müssen gut gebrauchsfähig sein. Sie sind so einzubauen, daß die Feuersgefahr auf ein Mindestmaß beschränkt ist. Die Feuerungen müssen so beschaffen sein, daß die Rauchgase leicht abziehen können. Die aus Holz oder anderem leicht brennbaren Material hergestellten Fußböden müssen an den Heizöffnungen mit Ofenblechen oder anderem Brennverhindernden Belage versehen sein.

Werden eiserne Oefen benutzt, so ist ihre Bedienung nur einer bestimmten Person zu übertragen. Die Bedienung durch andere Personen ist durch Anschlag in den Räumen unter Hinweis auf die Feuersgefahr zu verbieten.

§ 4. Den Bewohnern muß eine ausreichende Anzahl von Aborten zur Verfügung stehen. Jeder einzelne Sitz muß nach allen Seiten dicht abgeschlossen und mit einer von innen verschließbaren Tür versehen sein. Mehr als zehn Personen dürfen auf einen Abort nicht angewiesen sein. Insoweit sich die Aborte außerhalb des Wohnungsgebäudes befinden, müssen sie in naher Entfernung von letzterem liegen und trockenem Fußes vom Wohngebäude erreicht werden können.

§ 5. Jeder in den Wohnräumen untergebrachten Person sind mindestens folgende Gegenstände zur Verfügung zu stellen:

1. Ein Bett, das mindestens aus einem Strohsack, einem Kopfkissen und einer wollenen Decke zu bestehen hat,
2. ein Waschgeschirr und ein Trinkgefäß, welche Gegenstände täglich zu reinigen sind,
3. allwöchentlich ein sauberes Handtuch,
4. für jeden Monat frische Bettwäsche,
5. ein verschließbarer Schrank, der ausreichend groß ist, um darin Kleidungsstücke und Wäsche in angemessener Menge unterzubringen.

Die Gegenstände zu 3 und 4 sind bei jedem Personenwechsel in frischem Zustand zuzuweisen.

§ 6. Die Wohn- und Schlafräume sowie etwa vorhandene Küchen müssen täglich besenrein gemacht, gut durchlüftet und mindestens einmal wöchentlich gescheuert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0008

Die Abortsitze sind täglich zu reinigen und mit Wasser abzuwassen, sie sind wöchentlich mindestens einmal zu desinfizieren.

§ 7. An der Eingangstür jedes Schlafraumes ist durch Anschlag in leicht erkennbarer Weise die nach Vorschrift des § 2 zulässige Höchstzahl der Schläfer erkenntlich zu machen. Die Richtigkeit der Zahl ist von dem Gemeindevorstand (oder dem Wohnungsamte) auf dem Anschlag zu bescheinigen.

§ 8. Die etwa vorhandenen Wohnräume müssen so eingerichtet sein, daß in der Regel für jede Familie ein besonderer Raum vorhanden ist. Dieser Raum hat in seiner Größe und Beschaffenheit den obigen Vorschriften zu entsprechen.

§ 9. Den Bewohnern ist die pflegliche Benutzung der Räume und der zugehörigen Einrichtungen, sowie das Unterlassen von Unsauberkeit (Verschmutzung, Ausspucken pp.) durch besonderen Anschlag in den Räumen ingbesondere in den Aborten, zur Pflicht zu machen.

§ 10. Der Gemeindevorstand kann fordern, daß ihm am 1. jeden Monats, sofern ein Wechsel im Bestande eingetreten ist, ein Verzeichnis der in den Räumen untergebrachten Personen einzureichen ist. Dieses Verzeichnis muß getrennt nach den einzelnen Räumen enthalten: Die Namen der Personen, Alter, Familienstand, Tag des Beginnes des Arbeitsverhältnisses.

§ 11. Ist das Quartier mit mehr als 40 Personen belegt, so muß mindestens ein Krankenzimmer und sofern Personen beiderlei Geschlechts beschäftigt werden, noch ein weiteres Krankenzimmer vorhanden sein. Die Zimmer müssen jederzeit für ihren besonderen Zweck eingerichtet und mit mindestens je zwei Betten ausgerüstet zur Verfügung stehen; sie dürfen zu anderen Zwecken nicht benutzt werden. Die Betten in den Krankenzimmern sind erst bei der Belegung mit Wäsche zu überziehen.

§ 12. Sofern Obdachlosigkeit zu befürchten ist, kann der Gemeindevorstand (das Wohnungsamt) zur Behebung eines solchen Notstandes vorübergehend Ausnahmen von obigen Vorschriften zulassen

§ 13. Für die Befolgung obiger Vorschriften ist der Arbeitgeber oder dessen gesetzlicher Vertreter verantwortlich.

Die Nichtbeachtung der auf Grund dieser Vorschriften getroffenen Anordnungen und der Bestimmungen in §§ 10 bis 11 wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark im Unvermögensfalle mit entsprechenner Haft bestraft.

Die Verordnung tritt zwei Wochen nach Veröffentlichung dieser Verordnung in Kraft.

Merseburg, den 30. Septmber 1919.

Der Regierungs-Präsident.
v. Gersdorff.

---

327 **Betr. Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.**

Auf Grund der Ziffer VII Abs. 3 der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November/17. Dezember 1918 (R. G. Bl. S. 1334/1436) ordne ich als Demobilmachungskommissar für den Regierungsbezirk Merseburg nach Anhörung der Gewerbeaufsichtsbeamten Folgendes widerruflich an:

In Handwerksbetrieben, die mit der Landwirtschaft in enger Fühlung stehen (Schmieden, Stellmachereien, Sattlereien usw.) darf die Arbeitszeit bis zu den in den §§ 3—5 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 — R. G. Bl. S. 111 — festgesetzten Höchstarbeitszeiten ausgedehnt werden.

Merseburg, den 10. November 1919.

Der Regierungspräsident
(Demobilmachungskommissar
v. Gersdorff.

---

328 **Viehzählung.**

Am 1. Dezember 1919 findet eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine, Kaninchen und Federvieh erstreckt.

Die Ergebnisse der Viehozählung dienen lediglich dem Zwecke der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben.

Die Ortsbehörden haben die Ortseinwohner von der Viehzählung auf ortsübliche Weise in Kenntnis zu setzen. An Zählpapieren ist den einzelnen Gemeinden und Gutsbezirken eine entsprechende Anzahl Zählbezirkslisten (C), und Gemeindelisten (E) übersandt worden. In die Zählbezirkslisten C sind alle Haushaltungsvorsteher, oder Viehbesitzer, bei denen sich Vieh der zu erhebenden Gattung befindet, nacheinander einzutragen. Der Nachweis des Viehbestandes mehrerer Haushaltungen (z. B. der Haushaltungen auf dem Gute vorhandener Tagelöhner), auf einer Zeile, ist unzulässig.

In die Gemeindeliste E ist nur die Hauptsumme aus jeder Zählbezirksliste zu übernehmen, eine nochmalige Einzelaufführung der Viehbesitzer in der Gemeindeliste ist unstatthaft. Es ist streng darauf zu achten, daß die Liste C nur als Zählbezirksliste und Liste E nur als Gemeindeliste verwendet wird. Vordrucke früherer Zählungen sind nicht zu benutzen. Reicht eine Liste nicht aus, so ist eine zweite, dritte usw. zu verwenden. Das Ankleben von Fahnen ist unzulässig.

Zur Vermeidung von Rückfragen sind die Zähler auf die Beachtung der Bestimmungen in der Anweisung für die Zähler unter B 9 bis 11 und 13, und die Gemeindebehörden auf die Anweisung für die Behörden B § 3 Abs. 3 und 4 besonders hinzuweisen.

Die Urschrift und Reinschrift der Zählbezirkslisten, sowie ein Stück der Gemeindeliste ist mir bestimmt bis zum 5. Dezember 1919 einzureichen.

Merseburg, den 20. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

329 **Kleinhandelshöchstpreis für Kandis.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1919 Nr. 243 des amtlichen Anzeigers wird der Kleinhandelshöchstpreis für Kandis für den Landkreis Merseburg wie folgt festgesetzt:

1. Weißer Kandis für 500 Gramm 1,30 Mk.
2. Farbiger „ „ 500 „ 1,25 „

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 20. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

330 **Anordnung.**

Die von dem damals zuständigen Ministern für Handel und Gewerbe für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie des Innern unter dem 8. September 1916 erlassene Ausführungsanweisung zu der Bekanntmachung des Reichskanzlers über Fleischversorgung vom 27. März und 17. August 1916 — (Reichs-Gesetzbl. S. 199, 935) — und zu der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauches vom 21. August 1916 — (Reichs-Gesetzbl. S. 941) — wird wie folgt abgeändert:

1. Ziffer 15 Absatz 2 fällt weg.
2. An seine Stelle treten folgende Bestimmungen:

a) **Notgeschlachtete Tiere** sind, einschließlich der Haut, gegen eine vom Kommunalverband zu bestimmende und im Streitfalle von der Provinzial- (Bezirks)-Fleischstelle endgültig festzusetzende Entschädigung an die von dem Leiter des Kommunalverbandes zu bezeichnende Stelle abzuliefern und von dieser nach Anweisung des Verbandes zu verwerten. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, daß ein Verderben des Fleisches unter allen Umständen verhütet wird. Sofern und solange besondere Stellen vom Kommunalverbande nicht bezeichnet sind, hat die Ablieferung des Tieres von den Gemeinde- (Guts) Vorsteher zu erfolgen. Dieser hat alsdann für die Verwertung Sorge zu tragen und dem Kommunalverband Anzeige zu erstatten.

Bei Notschlachtungen, bei denen das gesamte Fleisch des notgeschlachteten Tieres dem Selbstversorger in Anrechnung auf die ihm nach den Grundsätzen für Hausschlachtungen zustehende Fleischmenge belassen wird, verbleibt ihm die Haut zur eigenen Verwertung.

b) Die Entschädigung ist vom Kommunalverband nach folgenden Grundsätzen festzustellen:

Wird das Fleisch des Tieres für volltauglich erklärt, so ist dem Tierhalter der jeweils geltende Schlachtviehhöchstpreis zuzüglich des Häutezuschlages, wie bei der Ablieferung des lebenden Tieres, zu zahlen. Wird das Fleisch als nur bedingt tauglich oder minderwertig befunden, so ist diese Entschädigung um einen der geringeren Beschaffenheit des Fleisches entsprechenden Betrag zu kürzen.

Wird das Fleisch für untauglich erklärt, so ist dem Besitzer, sofern nicht aus veterinärpolizeilichen Gründen auch eine unschädliche Beseitigung der Haut zu erfolgen hat, nur der Häuteanteil zu erstatten.

c) Ist das Lebendgewicht des notgeschlachteten Tieres vor der Notschlachtung nicht mehr feststellbar, so ist es nachträglich zu errechnen und zwar auf Grund des nach den Bestimmungen über das Schlachten und die Ermittelung des Schlachtgewichts bei den einzelnen Schlachttiergattungen nach dem Erlaß des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 9. Juni 1900 zu ermittelnden Schlachtgewichts und einer Schlachthausbeute bei Rindern von 40 v. H., bei Kälbern von 55 v. H., bei Schafen von 40 v. H., bei Pferden usw. von 40 v. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0009

3. Diese Anordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Berlin, den 21. Oktober 1919.

Preußischer Staatskommissar für Volksernährung.
Dr. Peters.

---

331 **Zuteilung von Betriebsstoff für Kraftfahrzeuge.**

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 23. v. Mts. — veröffentlicht unter Nr. 293 in Stück 42 des Amtlichen Anzeigers — weise ich besonders darauf hin, daß Anträge auf Zuteilung von Betriebsstoffen für Kraftfahrzeuge formularmäßig jeweils bis zum 29. jeden Monats an den Herrn Regierungs-Präsident eingereicht werden müssen. Später oder nicht formularmäßig eingehende Anträge können für den nächsten Monat nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, den 23. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

332 **Feststellung der gegenwärtig mit Textilwaren handelnden Firmen zum Zwecke der Verteilung der für die in Kleidungsnot befindliche Bevölkerung bestimmten Textilwaren.**

Ich fordere hierdurch sämtliche Firmen des Kreises, welche z. Zt. mit Textilwaren handeln, auf, sich unter Angabe des Gewerbesteuersatzes bis zum 30. d. Mts. spätestens bei mir schriftlich zu melden.

Diejenigen Firmen, welche die Meldung unterlassen oder nicht rechtzeitig erstatten, werden von einer Berücksichtigung beim Verkauf der für die in Kleidungsnot befindliche Bevölkerung bestimmten Textilwaren ausgeschlossen.

Merseburg, den 23. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

---

333 **Ueberlassung von Pferden aus Heeresbeständen an die Landwirtschaft.**

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen teilt mit, daß mit Rücksicht darauf, daß nur auf die Ueberweisung einer sehr geringen Anzahl von überzähligen Militärpferden gerechnet werden kann und bereits mehrere tausend Anträge vorliegen, jetzt noch eingehende Anträge nicht berücksichtigt werden können.

Merseburg, den 25. November 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Ausgabe der Milchkarten für den Monat Dezember 1919
im alten Rathause in der Burgstraße Nr. 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat November am

Donnerstag, d. 27. November 1919, vorm. 8—3 Uhr,
für die Kunden der Verkaufsstellen: Schwalbe, Burgstr. 14, Heinicke, Clobigkauerstraße 4, Schubert, Burgstraße 16

und **Freitag, d. 28. November 1919, vorm. 8—3 Uhr,**
für die Kunden der Verkaufsstellen: Ochse, Prall, Hoffmann, Meißner, Mandrich.

Merseburg, den 26. November 1919.

L.-A. II. 3416/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 27. November 1919 bei **Hoffmann, Brühl Nr. 6**
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1901—2000
" " 3—4 " " " " 2001—2100
" " 4—5 " " " " 2101—2200
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 26. November 1919.

L.-A. I. 1124/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Amtliche Verzeichnisse von Wertpapieren
nebst
Eidesstattlicher Eigentumserklärung,
die bei dem hiesigen Finanzamt von denjenigen Effektenbesitzern eingereicht werden müssen, welche ihre Papiere nicht bei Banken oder andern Geldinstituten hinterlegen wollen, sind
nur in der Zeitungsgeschäftsstelle Hälterstrasse 4 zu haben.

Gewinn-Auszug
der
14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 15. Ziehungstag — 24. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 120747
4 Gewinne zu 5000 M 64437 47984
70 Gewinne zu 3000 M 722 17130 27645 40726 48054 53328 54336 60453 73528 86030 98501 105679 109756 116795 117214 129341 140283 143463 149973 156421 167688 187276 189952 191504 192237 198768 200620 203205 203834 205088 205343 222565 224702 225937 230372

158 Gewinne zu 1000 M 2375 5750 10925 11589 12201 18667 21099 21629 21983 29022 29705 29772 33011 33830 36707 38939 43158 43809 47466 49578 50133 59386 59705 59942 61786 66411 76084 76477 76706 77822 81821 90479 95702 100999 101120 103515 103290 109448 109848 111127 112640 113157 115671 129510 126206 123739 132542 132738 133075 133405 136772 137895 139650 144250 149470 149534 151258 152630 154437 157159 159773 160327 163921 171267 171610 172197 177365 178981 179881 181830 182485 182990 193875 212221 217484 217928 226155 228847 232753

192 Gewinne zu 500 M 164 5034 10958 15929 19395 37806 44238 45949 46585 50315 50845 51696 52549 55309 57951 57988 59552 61620 62737 64758 66870 68254 72521 72579 76902 82371 82534 84668 89935 94963 96079 99885 101850 109371 109764 110039 113003 113637 117013 119293 119417 121744 122943 123628 125584 129536 130619 130890 132760 133963 136622 137258 139125 142201 143064 147961 149481 151433 151621 153389 154391 155818 157346 158731 159019 165220 167965 171146 172490 176587 176778 178544 182922 190920 195289 200739 202373 202640 205607 206756 209044 210041 211999 212962 215295 215835 215881 216743 218620 219362 222883 225271 226031 228114 228872 230783

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 40000 M 107641
2 Gewinne zu 10000 M 90557
8 Gewinne zu 5000 M 63918 84538 99658 162788
62 Gewinne zu 3000 M 1013 18810 20384 30879 31809 34183 34758 35811 50919 64642 70724 80511 92413 94136 108573 108758 116073 118997 122361 131571 133969 158999 167618 170267 170426 174680 181025 187351 187885 195469 200241

178 Gewinne zu 1000 M 706 4933 8790 10049 10264 11926 18405 25403 28214 27207 27444 27669 30156 31977 33026 34655 37732 40390 44204 48131 49358 52496 53870 57985 58310 64928 65023 67592 70557 75962 79514 80442 85926 87594 88744 95416 96431 97715 99082 99574 103767 104639 107425 108325 110509 111211 115780 116735 116735 116776 117485 117932 119926 120675 124313 127027 130683 132679 136686 136991 138622 138997 142772 143624 151275 152270 153493 154831 155250 159954 163724 167627 168372 169431 171712 174590 178621 181079 191678 204666 205435 207863 209745 215961 216949 220097 220674 224261 226591

212 Gewinne zu 500 M 1120 4608 8619 12390 14478 17956 19347 20388 20937 21434 23738 29283 32208 33486 33620 35156 36102 36385 38460 39016 44620 46894 48816 50862 53052 56546 58589 61670 64110 64873 65030 65453 66578 66803 70619 71233 77112 78470 79499 81308 81387 82691 84085 85263 87903 90095 92062 92676 93044 93416 94444 95417 96858 99579 105625 110467 117564 118700 120958 122332 123489 124492 126781 127470 131964 132501 134029 142860 145046 146638 152298 153673 154513 157339 157450 160690 161540 163568 171050 172069 176513 176999 180095 187932 191942 192311 193210 195525 196257 198279 196993 199993 200382 200782 204055 207312 208991 210374 212994 220316 220385 221804 224109 228004 230307 231664

Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt L. Balz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919191127-13/fragment/page=0010